

ARBEIT & BILDUNG

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten

Martin Gressl, Martin Klemenjak,
Cornelia Klepp, Heinz Pichler,
Doris Rottermann, Josefine Scherling

Populismus und Rassismus im Vormarsch?

**Dokumentation der „Kärntner Gespräche
zur demokratiepolitischen Bildung 2013“**

Donnerstag, 24. Oktober 2013
ÖGB/AK Bildungsforum, Klagenfurt am Wörthersee



ARBEIT & BILDUNG

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten

Martin Gressl, Martin Klemenjak,
Cornelia Klepp, Heinz Pichler,
Doris Rottermann, Josefine Scherling

Populismus und Rassismus im Vormarsch?

**Dokumentation der „Kärntner Gespräche
zur demokratiepolitischen Bildung 2013“**

Donnerstag, 24. Oktober 2013
ÖGB/AK Bildungsforum, Klagenfurt am Wörthersee

Inhalt

Günther Goach Vorwort des Präsidenten der Arbeiterkammer Kärnten	3
Martin Gressl/Martin Klemenjak/Cornelia Klepp/Heinz Pichler/ Doris Rottermanner/Josefine Scherling Vorbemerkungen des Redaktionsteams	4
Dokumentation Vorträge:	
Sieglinde Rosenberger Integrationspolitik – ein Politikfeld mit Kanten	7
Walter Ötsch Populismus und Demagogie – Mit Beispielen von Jörg Haider, Heinz-Christian Strache und Frank Stronach sowie der Tea Party	12
Dokumentation Workshops:	
Sieglinde Rosenberger/Gilg Seeber Kritische Einstellungen: BürgerInnen zu Demokratie, Politik, Migration	27
Martin Gressl Reflexion Workshop Walter Ötsch: Das Soziale Panorama – Modell für Demagogische Bilder	43
Marika Gruber/Josefine Scherling Migration und Vielfalt im Schulalltag: Eine Workshop- Dokumentation zu erlebten Herausforderungen und Schlussfolgerungen für die Schulpraxis	47
Nadja Danglmaier/Martin Klemenjak NS-Tatorte und Schauplätze in Kärnten	58



Günther Goach
Präsident der
Arbeiterkammer Kärnten

Vorwort

Die vorliegende Ausgabe der Schriftenreihe dokumentiert die Vorträge und Workshops, die im Rahmen der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2013“ gehalten und durchgeführt wurden.

Der Kärntner Arbeiterkammer als gesetzliche Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen, ist die Bildung eines demokratisch fundierten Bewusstseins, das zu einem kritischen Denken, zu Weltoffenheit und zur Akzeptanz des demokratischen Gemeinwesens führt, ein wichtiges Anliegen. Politische Bildung muss daher einem Demokratieverständnis verpflichtet sein, das Wertvorstellungen wie Frieden, Freiheit und Gleichheit achtet. Auf diesen Grundwerten baut jede humane Gesellschaftsordnung auf. Immer im Bewusstsein, dass diese Grundwerte oft in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen und verschiedene Auffassungen über die Verwirklichung dieser Ideen bestehen können. Demokratiepolitische Bildung soll daher zu gegenseitigem Verstehen und zu solidarischem Handeln befähigen. Werte wie soziale Gerechtigkeit sollten dabei gefördert und bekräftigt werden.

Es sei an dieser Stelle den Veranstaltungspartnern – der Pädagogischen Hochschule Kärnten/Viktor Frankl Hochschule, dem Studiengang Soziale Arbeit der Fachhochschule Kärnten und dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung – für die Konzeption und Organisation dieser Gesprächsreihe ein besonderer Dank ausgesprochen.

Die Kärntner Arbeiterkammer wird weiterhin aktiv an Modellen und Aktivitäten zur politisch-demokratischen Bildung mitwirken.

Günther Goach
Präsident der Arbeiterkammer Kärnten

Martin Gressl/Martin Klemenjak/
Cornelia Klepp/Heinz Pichler/
Doris Rottermanner/Josefine Scherling
Vorbemerkungen
zur Tagungsdokumentation

Im Jahr 2013 wurden die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ erstmals im Rahmen einer wissenschaftlichen Fachtagung im Konferenzsaal der Kärntner Arbeiterkammer sowie im ÖGB/AK Bildungsforum in Klagenfurt durchgeführt. Die Veranstaltung stand unter dem Titel „Populismus und Rassismus im Vormarsch?“. Kaum ein Thema polarisiert europaweit mehr. Was verbirgt sich hinter dem Begriff Populismus? Was ist (Alltags-)Rassismus? Inwieweit sind wir täglich mit Populismus und Rassismus konfrontiert? Und wie hängen diese Phänomene mit Integrations- und Identitätspolitik zusammen? Wer bin ICH eigentlich im sozialen Kontext? Auf diese und weitere Fragen versuchte die Tagung mögliche Antworten zu finden.

Die renommierte und für ihre Arbeit mehrfach ausgezeichnete Politikwissenschaftlerin Sieglinde Rosenberger bot mit ihrem Eingangsreferat zum Thema „Integrationspolitik – ein Politikfeld mit vielen Kanten!“ einen profunden Überblick über den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Diskussion. Darauf aufbauend gab Walter Ötsch – Ökonom und Kulturhistoriker sowie Verfasser des Buches „Haider light“, einem Standardwerk zum Thema Demagogie in Österreich – Auskunft über Inhalte und Muster von Populismus und Demagogie. Beide Referate ermöglichten einen ausführlichen und mit zahlreichen Beispielen versehenen Einblick in die großen Bereiche Integration und Integrationspolitik bzw. Populismus und Demagogie. In der vorliegenden Publikation wird der Vortrag von

Sieglinde Rosenberger in Form einer Power-Point-Präsentation dokumentiert, jener von Walter Ötsch in verschriftlichter Form. Diese Vorträge bildeten das Fundament für die vier Workshops, die im Anschluss am Nachmittag stattfanden. In diesen hatten die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, sich aktiv an der Auseinandersetzung mit dem Tagungsthema zu beteiligen. Eine zusammenfassende Dokumentation der Workshops erfolgt ebenfalls im Rahmen der vorliegenden Publikation.

Der Workshop von Sieglinde Rosenberger stand unter dem Titel: „Wie denken ‚wir‘ über ‚andere‘?“. Hier fand eine rege Diskussion über Befunde zur öffentlichen Meinung im Kontext von Migration und Integration sowie zu den Einstellungen über Gruppen, denen bestimmte Merkmale zugeschrieben werden, statt. Dieser Workshop wird anhand eines bereits erschienenen und wesentlich gekürzten Beitrags dokumentiert.

„Eigene Bilder von Identität und Zugehörigkeit erfahren und verändern“, so lautete der Titel des Workshops von Walter Ötsch. Im Zuge dieses Workshops wurde die Methode des „Sozialen Panorama Modells“ für demagogische Bilder vorgestellt und von den TeilnehmerInnen auch selbst erfahren. Es wurden u. a. die Fragen nach dem Zusammenhang von selbst konstruierten Bildern und der eigenen Identität erläutert und darüber diskutiert, mit welchen Gefühlen innere Selbstbilder verbunden sind. Einen Einblick in diese Methode liefert Martin Gressl in seiner Abhandlung über den Workshop.

In dem von Marika Gruber geleiteten Workshop wurde das Thema „Migration und Vielfalt im Schulalltag“ bearbeitet. Ausgehend von einer Einführung in demographische Details zu Migration in Österreich und speziell in Kärnten und einer Klärung von Begriffen wie Migration, Asyl und Integration wurde konkret über Probleme und Herausforderungen im Schulalltag diskutiert. Die Dokumentation des Workshops erfolgte in Kooperation mit Josefine Scherling.

Nadja Danglmaier und Martin Klemenjak geben in ihrer Workshop-Dokumentation einen Einblick in die Kärntner Gedenk- und Erinnerungskultur. In diesem Kontext werden exemplarisch ausgewählte „NS-Tatorte und Schauplätze in Kärnten“, so auch der Titel des Workshops, näher besprochen. Gemäß dem Credo aus der Gedenkstättenpädagogik – „Grabe, wo du stehst!“ – wird aufgezeigt, inwieweit es Verbindungen zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bundesland Kärnten gibt.

Das Organisations- und Redaktionsteam empfiehlt, die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ auch im Jahr 2014 fortzuführen. Dabei könnten die Erfordernisse einer demokratiepolitischen Bildung auf der Ebene des Schulunterrichts, der Berufsbildung, der Hochschulbildung sowie der allgemeinen- und beruflichen Erwachsenenbildung formuliert werden. Die daraus resultierenden Forderungen sollten den politischen Entscheidungsinstanzen übermittelt bzw. mit anwesenden VertreterInnen aus Politik und Bildung sowie den Sozialpartnern hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit diskutiert werden.

Sieglinde Rosenberger Integrationspolitik – Ein Politikfeld mit Kanten

Anmerkung:

Dieser Beitrag wurde als Power-Point-Präsentation vorgestellt.

Tagungsthema: Populismus und Rassismus im Vormarsch?

- **Was ist Populismus:** Inhalt, Strategien und Stilmittel politischer Akteure/Parteien, um Unterstützung/Zustimmung der Bevölkerung zu bekommen.
- Ist Populismus im Vormarsch (im Sinne von heute mehr als gestern)? Nicht unbedingt
- **Rassismus:**
 - a) Gleichrangigkeit der Menschen wird in Frage gestellt
 - b) Ausdruck: Vorurteile, Diskriminierung, ethnische „Säuberungen“, physische Gewalt gegen Angehörige bestimmter Gruppen
 - c) Vormarsch? Sensibilität und öffentliche Debatten nehmen zu; Gewalt gegen Gruppenangehörige (z.B. Roma), steigender Antisemitismus in Europa
- **„Andere“** als politisches Thema! Populistisch? Rassistisch?
Beispiel: Integrationspolitik

Übersicht

- 1) These: Integrationspolitik und Populismus/ Rassismus
- 2) Begriffliche Annäherung: Integrationspolitik
- 3) Mipex
- 4) Politisierung der Integration
- 5) Limits des Integrationspopulismus
- 6) Populistisch? Rassistisch? Im Vormarsch?

1) Thesen zu Integrationspolitik und Populismus

- Fehlende Integrationspolitik kann Populismus auf der Grundlage des Themas Migration fördern
- Integrationspolitische Maßnahmen der „Zweiseitigkeit“ können Antwort auf populistische Rhetorik und Mobilisierung sein
- „Gescheiterte Integration“ als Thema des Populismus: individuelles Scheitern gemessen an Ergebnissen wie Sprachkompetenz, Bildungs- und Erwerbsbeteiligung wird etc; gleichzeitig wird der strukturelle Anteil der „gescheiterten Integration“ ignoriert (z.B. fehlende Rechte, die Integration unterstützen könnten) Mit anderen Worten: Populistische Politik fordert Maßnahmen, die Integration erschweren, um im nächsten Schritt Integrationsdefizite kritisieren zu können
- Integrationspolitik ist per se nicht rassistisch – gegen inflationäre Verwendung des Begriffes „rassistisch“

2) Begriff „Integrationspolitik“

- Begriff ist „Praxiskategorie“ und analytische Kategorie
- Kritik des Begriffs: Impliziere einseitige Anpassung/Assimilation; Begriffliche Alternativen: Inkorporation, Inklusion, Teilhabe...
- **Integration als 2-seitiger Prozess** (Kymlicka 1996; Aktionsplan für Integration 2009): Aufnahmegesellschaft an Bedürfnisse der Zugewanderten und Zugewanderte an Bedürfnisse und Gegebenheiten der Aufnahmegesellschaft anpassen;
- Ist als Ansatz Politik und Wissenschaft weit verbreitet! z.B. Migration und neue repräsentative Formen; Umgang mit Mehrsprachigkeit; Sprachkurse etc.

Integration als **Teilhabe**: Gesetzliche Möglichkeiten der und Unterstützung zur gleichberechtigten Teilhabe

Orientierungskonzepte

Konzepte wie die Beziehung „Politisches System – MigrantInnen“ gestaltet ist (Stephen Castles 2002)

- **Assimilation:**

Anpassung der MigrantInnen, keine dezidierte Politik zur Förderung, Integration ist Sache der MigrantInnen

- **Differenzierte Exklusion:**

Rechte, aber andere als jene der StaatsbürgerInnen; z.B. in Hinblick auf Zugang zu Arbeitsmarkt, Politik, Sozialstaat

- **Multikulturalismus:**

MigrantInnen keine Anpassung an „Kultur“ der Aufnahmegesellschaft, sondern eigene kulturelle Rechte

Dominantes Verständnis – Integration als Kultur: Aber was ist „Kultur“? Was sind „Werte“? Handelt es sich um Grundprinzipien einer Gesellschaft?

3) MIPEX – Migration Integration Policy Index

- Gesetzliche Bestimmungen zu Arbeitsmarktmobilität, Familienzusammenführung, Zugang zu Bildung, politische Teilhabe, Aufenthaltssicherheit, Zugang zu Staatsbürgerschaft, Anti-Diskriminierung
- Ländervergleichende Darstellung und Bewertung
- Stärken und Schwächen der Länder in Bezug auf die rechtliche Möglichkeit der gleichberechtigten Teilhabe; der differenten Behandlung von StaatsbürgerInnen und Nicht-StaatsbürgerInnen; der unterschiedlichen Gruppen von Nicht-StaatsbürgerInnen
- Österreich: Insbesondere Defizite bei Zugang zu politischer Beteiligung und Staatsbürgerschaft
- <http://www.mipex.eu/key-findings>

4) Politisierung der Integration

Warum eignet sich Integration/Integrationspolitik für Populismus?
Für populistische Politisierung?

- 1) Integrationspolitik: Nationalstaatliches Politikfeld; nicht bzw. kaum EU-europäisch gestaltet/geregelt; Nationalstaaten aber büßen zunehmend Handlungskompetenzen über Politikfelder ein; Integrationspolitik „verbleibt“ auf der nationalstaatlichen Ebene
- 2) Integrationspolitik eignet sich für kollektive/nationale Identitätspolitik; Einbettung in den Rahmen „Wir“ versus „Andere“
- 3) Migration/Zuwanderung ist kaum nationalstaatlich steuerbar. Weiters folglich: Eingeschränkte integrationspolitische Maßnahmen (siehe Charakteristika der Zuwanderung)

Trotzdem:

Nationale Regierungen reagieren mit „strengen“ Integrationsmaßnahmen (signalisieren damit politische Handlungsfähigkeit in einem Feld abnehmender nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit)

Vor diesem Hintergrund: Betonung ziviler (civic) versus ökonomische Teilhabe

Fokus **Sprache** (Sprache als Ausdruck der Anpassung, der Übereinstimmung mit „Kultur“)

Fokus **Religion**: kaum Religionspolitik – Grundrechte; Aber: sichtbar religiös Andere und deren „Integrationsdefizite“ politisieren

Exkurs: Charakteristika der Zuwanderung

- Familienzwanderung: kaum nationale Regelungsmöglichkeiten
- EU-Zuwanderung: kaum Regelungsmöglichkeiten, weil Bewegungsfreiheit. Ein Drittel der Migrationsbevölkerung kommt aus der EU (1.Generation)
- Asyl und Flucht: steigende Asylanträge aufgrund von Krisen und Kriegen
- Saisonarbeit: kaum Gegenstand von Debatte; massive arbeitsrechtliche Defizite, restriktiv geregelt, Quoten

Ausländische Bevölkerung in Österreich: 11 Prozent

5) Limits des Integrationspopulismus

Wie ist dem „Integrationspopulismus“ zu begegnen? Welche Instrumente sind relevant?

RECHTE: Wer Rechte besitzt (z.B. zu Wählen) ist weniger dem ab- und ausgrenzenden Stil des Populismus ausgesetzt als Gruppen ohne Recht

Rechte in Zusammenhang mit

- a) Einbürgerung/Staatsbürgerschaft
- b) Entkoppelung von Rechten von nationaler Staatsbürgerschaft

AusländerInnen – „AusländerInnen“ (rechtliche Kategorie und politische Kategorie)

z.B. Gemeinderatswahl Wien: von der „ethnisch-nationalen“ Mitgliedschaft zur „disziplinierte Mitgliedschaft“ (Rosenberger/Mourao Permoser 2013)

Wer gehört dazu? Wer die Staatsbürgerschaft besitzt!

Wer gehört nicht dazu? Wer sich nicht an die Spielregeln hält!

Aber: Durchsickern des nationalen Diskurses auf die lokale Ebene! Bedeutsamkeit von Politik für Einstellungen und Meinungen

Im Feld Integration und Migration haben, so diverse Studien, politische Parteien große Deutungsmacht!

6) Zusammenfassende Diskussion

- Integrationspolitik ist oft in einen „nationalistischen“ Kontext gestellt
- Integrationspolitik kann nur wenige Aspekte von Migration erfassen (kulturalistische Aspekte)
- Im Bereich von Flucht und Asyl werden Integrationsprobleme durch oft jahrzehntelange „Politik der Desintegration“ produziert

Literatur

Rosenberger, Sieglinde/Mourão Permoser, Julia: Zugehörigkeitspolitik – schmutziges Geschäft der politischen Grenzziehung? In: SWS Rundschau, Heft 4, 2013.

- SOM - <http://www.som-project.eu>
- Mipex: <http://www.mipex.eu/key-findings>
- Migration und Integration.Zahlen.Daten.Indikatoren 2012
- http://www.integrationsfonds.at/zahlen_und_fakten/statistisches_jahrbuch_2013/

Walter Ötsch

Populismus und Demagogie

Mit Beispielen von Jörg Haider, Heinz-Christian Strache und Frank Stronach sowie der Tea Party

Was ist Populismus?

Der Begriff Populismus stammt bekanntlich von *populus*, dem lateinischen Wort für Volk: „Das Volk“ soll gegen eine Elite vereint werden und seine Interessen gegen diese durchsetzen. Viele politische Bewegungen wurden und werden als populistisch bezeichnet. Die Beispiele reichen zurück bis in das 19. Jahrhundert, z.B. die US-Farmer-Bewegung, die sich ab 1829 als *Farmer's Alliance* bezeichnet und später zur *People's Party* wird. Zeitweise ist diese Partei die drittgrößte in den USA. Hier kämpften Bauern, die sich in Genossenschaften zusammenschlossen, gegen Großkonzerne, Banken und die Hauptstadt. Eine andere massenwirksame Bewegung bildeten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die russischen *narodniki* oder Volkstümmler. Hier zogen junge gebildete Städter aufs Land und versuchten die dörfliche Bevölkerung sowohl gegen den Kapitalismus als auch gegen das zaristische System aufzubringen (vgl. Sottopietra 1998). In der US-Literatur werden „charismatische“ Führer in Lateinamerika in vielen Fällen als Populisten bezeichnet, wie Juan Domingo Perón in Argentinien, Hugo Chávez in Venezuela (man spricht auch von *chavismo*), Evo Morales in Bolivien (er unterschied zwischen „dem Volk“, *el pueblo*, und „der Elite“, *la oligarquía*) oder der „Neo-Populist“ Alberto Fujimori in Peru (vgl. Mudde und Kaltwasser 2011). Europäische Bewegungen firmieren meist unter dem Namen „Rechtspopulismus“. Bekannte Beispiele sind die FPÖ und das BZÖ unter Jörg Haider, die FPÖ unter Heinz-Christian Strache, die *Front National* in Frankreich unter Jean-Marie Le Pen, die *Freiheitspartei* (*Partij voor de Vrijheid*, PVV) in den Niederlanden unter Geert Wilders oder die *Schweizerische Volkspartei* (SVP) unter Christoph Blocher (Die Wahlergebnisse von populistischen Parteien in 31 europäischen Ländern listen Van Kessel und 2011 auf). Öster-

reich ist hier durchaus ein Vorreiter: bei den Nationalratswahlen 2013 fielen fast 30 Prozent der Stimmen auf populistische Parteien.

Diese politischen Strömungen unterscheiden sich in vielen Details. Diesen Differenzen zum Trotz wurde in den Wissenschaften versucht, ein allgemeines Konzept von Populismus zu entwickeln. Hier rekurriert man meist auf politische Taktiken, Strategien oder Stilmittel (wie dem Versuch einer breiten Mobilisierung) auf der einen Seite oder Inhalte oder Ideologien (wie der Ablehnung des fundamentalen Prinzips der Gleichheit aller in einer Demokratie) auf der anderen Seite (Überblicke finden sich bei Mudde und Kaltwasser 2011 und Van Kessel 2011). Hartleb (2005, S. 15) hebt auf vier Dimensionen des Populismus ab:

- (1) die „technische Dimension“: „Populismus als vereinfachender Politikstil, der mit bilderreicher Sprache eine direkte Verbindung zum „Volk“, den einfachen Leuten, konstruiert sowie agitatorisch, mit spontanem Eklat in einer gegen das Establishment (gegen die Elite) gerichteten Haltung auftritt.“
- (2) die „inhaltliche Dimension“: man konzentriert sich auf mobilisierungsfähige Protest-Themen und thematisiert reale oder imaginäre Missstände oder Krisen.
- (3) die „personelle Dimension“ einer zentralen Figur mit Ausstrahlung, und
- (4) die „mediale Dimension: mit dem Blick auf die Schlagzeilen positiver oder negativer Art werden die Massenmedien in einer Art Symbiose genutzt.

Populistische Vorstellungswelten

Der Kern von Populismus kann in meinem Verständnis dadurch freigelegt werden, indem wir die Vorstellungswelten darstellen, die Populisten bei sich und ihren AnhängerInnen aktivieren. Mein Ansatz beruht auf einem Modell, das darstellen will, wie Menschen mentale soziale Phänomene repräsentieren. Dieses Modell hat der niederländische Psychologe Lucas Derks entwickelt (Derks 2000 und 2005), er nennt es „Soziale Panorama-Modell“. Die Grundidee ist einfach. Es scheint plausibel anzunehmen, dass ein Baby sehr bald ein mentales Bild von seiner primären Bezugsperson (z.B. von der Mutter) entwickelt und dieses Bild relativ stabil abrufen kann. Darin sind Strukturmerkmale dieser Person enthalten, aber nicht alle Details. Wenn z.B. die Mutter ihre Haarfarbe ändert, hat das Baby keine Schwie-

rigkeit sie zu erkennen. Das mentale Bild des Babys wird später durch vorgestellte Bilder anderer Personen angereichert, mit denen das Baby zu tun hat, z.B. andere Bezugspersonen oder Geschwister und Großeltern. Derks geht davon aus, dass die mentalen Bilder der gesamten „Familie“ stabil in einer räumlichen Struktur vorgestellt werden. Z.B. „sieht“ das Baby in seiner Vorstellung die Mutter näher als den Vater und „positioniert“ die Geschwister anhand der erfahrenen „Nähe“ von ihnen zu den Eltern (wer steht wem „nahe“?). Auf diese Weise bilden sich im Kind immer komplexere mental strukturierte Räume, welche sozialpsychologische Inhalte repräsentieren. Derks Grundthese ist, dass diese Art von Vorstellungen unserem gesamten Denken über andere Menschen zugrunde liegt. Immer, wenn wir an andere Menschen „denken“, entwerfen wir nach Derks räumlich geordnete Bilder, sie werden soziale Panoramen genannt. Sozialpsychologische Phänomene werden demnach in Form innerer Landschaften vorgestellt. Diese Landschaften weisen variable und konstante Merkmale auf. Sie können sich jederzeit verändern, besitzen allerdings in der Regel stabile Strukturelemente. Im Prinzip ist es nach Derks möglich, für jede Person eine Vielzahl sozialer Panoramen zu erkunden (in seinem Buch finden sich einige Methoden, wie das konkret gemacht werden kann), ihre konstanten Merkmale zu erforschen und so gleichsam die sozialen Landkarten in Erfahrung zu bringen, die eine Person besitzt (und sie für therapeutische Zwecke zu verändern).

Dieser Ansatz besitzt viele Implikationen. Ein Beispiel ist die behauptete Beziehung von Sprache und mentalen Bildern. Sprache wird hier (ähnlich wie in der kognitivistischen Metaphertheorie, vgl. Lakoff und Johson 2007 sowie Lakoff 2002 und Lakoff und Wehling 2008 in der Anwendung auf politisches Denken) wort-wörtlich genommen: von Sprache kann direkt auf mentale Bilder geschlossen werden. Mit dieser Annahme kann von der Sprache von Populisten auf die Muster ihrer mentalen Vorstellungs-Welten rückgeschlossen werden (dieser Ansatz war die theoretische Grundlage für meine Analyse der Kommunikationsstrategien von Jörg Haider in Ötsch 2002a und b). Populistische Sprache zeichnet, wie erwähnt, die Gegenüberstellung von „Volk“ und „Elite“ aus. Damit wird das (mentale) Bild einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft entworfen, die vom Grundkonflikt der „Oben“ (Staat, Parteien, politische Klasse, ...) und der „Unten“ (Volk, Gesellschaft, StaatsbürgerInnen, Bewegung, ...) beherrscht ist. Die „kleinen Leute“ werden „dem System“ gegenübergestellt, das „Volk“ der „herrschenden Klasse“, „die Nation“ dem „Ausland“, die „leistungsorientierten BürgerInnen“ den „SozialschmarotzerInnen“, die „guten InländerInnen“ den „bösen AusländerInnen“, die „erfolgreichen Betriebe“ der „leistungsfeindlichen Bürokratie“, usw. (Viele Beispiele finden sich in Ötsch 2002a).

Das gemeinsame Moment dieser Rhetorik ist das „agonale Gruppierungsprinzip“ (Reinfeldt 2000, S. 47): Einer homogenen Gruppe der „Wir“ (Kleine Leute, Volk, Nation, Inland,...) wird eine homogene Gruppe der „Anderen“ (System, herrschende Klasse, Ausland, SozialschmarotzerInnen,...) gegenübergestellt und ein Feind-Angst-Bedrohungs-Szenario entworfen. (Die „Die“ kann man unterteilen in „Die da oben“, wie „das System“, „die Elite“, die „PrivilegienritterInnen“, „Die da draußen“ im feindlichen Ausland, wie „die EU“ und „Die da unten“, wie „SozialschmarotzerInnen“). Im Rückschluss von der Sprache auf das mentale Bild ergibt sich das Szenario einer strikt geteilten Welt: eine Gruppe der „Wir“ steht einer Gruppe von „Anderen“ feindlich gegenüber. Ein solches Schema kann demagogisches Panorama genannt werden. Meine These ist, dass Populisten tatsächlich eine solche mentale Vorlage besitzen und dass ein solches Bild bei denen gebildet oder aktiviert wird, die dieser Art von Rhetorik positiv gegenüberstehen.

Ein demagogisches Panorama unserer Definition muss von anderen Panoramen, die sich auf In- und Out-Gruppen beziehen, sorgsam unterschieden werden. Duale Einteilungen nach „Wir“ und „Anderen“ sind jeder Person geläufig: wir Männer und die Frauen, wir OberösterreicherInnen und die KärntnerInnen, wir Alten und die Jungen, usw. Das Demagogische ist nicht die Einteilung als solche (sie gehört zur sozialen Seite unserer Identität), sondern das Ausmaß oder die Schärfe, mit der die Grenze zwischen den „Wir“ und den „Anderen“ gezogen wird. Ein demagogisches Panorama sieht ähnlich wie Abbildung 1 aus: die nahen „Wir“ und die fernen „Die“ sind durch eine weite Strecke getrennt, zwischen ihnen gibt es ein „Niemandland“, welches symbolisiert, dass es zwischen den beiden Gruppen kaum oder keine Gemeinsamkeiten gibt.



Abbildung 1: ein demagogisches Panorama
(© Lucas Derks)



Zwei Gestaltungsprinzipien formen ein solches Bild: eine Logik der Äquivalenz (unterschiedliche Menschen innerhalb der beiden Gruppen werden ähnlich gemacht) sowie eine Logik der Differenz (Lacleau 2005, S. 34f.): die Hauptmerkmale der „Wir“ und „Die“ sind völlig unterschiedlicher Art. Im mentalen Panorama müssen sie deshalb in großem Abstand positio-

nirt werden. Im Extremfall werden die beiden Prinzipien so intensiv angewendet, dass die „Die“ wie Menschen von einem anderen Stern oder wie Wesen einer anderen Spezies erscheinen.

In einer solchen mentalen Repräsentation können die „Die“ vollständig depersonalisiert werden: ihnen werden alle menschlichen Eigenschaften abgesprochen. „Die“ zu töten, braucht keine Gewissensbisse zu verursachen, es geht ja um einen „Krieg“. (Hartgesottene RassistInnen depersonalisieren die „Anderen“ zur Gänze. Noch im Jahre 1990 bezeichnet Tobias Portschy, der ehemalige NS-Zeit Gauleiter von Burgenland, Roma und Sinti als „Zigeuner“, die er „den Juden“ gleichstellt. Sie sind „asoziale Wesen“, „SchmarotzerInnen“: „Und Schmarotzer werden in der Natur immer bekämpft. Auch wenn’s Menschen sind. Die Zigeuner sind keine Menschen. Schmarotzer sind Schmarotzer“; zit. nach Haslinger 1995, S. 81).



Das duale Demagogie-Bild kann bei allen Populisten anhand vieler Beispiele illustriert werden. Interessant sind auch die Wahlplakate der FPÖ. Hier wird das demagogische Welt-Bild direkt angesprochen, die duale Gegenüberstellung von „Wir“ und „Die“ strukturiert viele Plakate: „Daham“ [= „Wir“] „statt Islam“ [= „Die“], „Heimat“ [= „Wir“] statt „EU-Diktat“ [= „Die“], „Deutsch“ [= „Wir“] statt „nix versteh’n“ [= „Die“], „Heimat“ [= „Wir“] „statt Schüssel und Brüssel“ [= „Die“], usw.

Folgen des demagogischen Panoramas



Das Bild einer in zwei Teile gespaltenen sozialen Welt besitzt viele Implikationen. Vier davon sind:

- (1) die Verwendung einer strikt normierte Sprache, bei der „Die Wir“ immer und ausschließlich als gut, „Die anderen“ immer und ausschließlich als böse bezeichnet werden. Dazu dienen eigene Wort-schöpfungen, wie „Systemparteien“, „Politbonzen“, „Privilegien-

ritter“, usw. „Die Wir“ erscheinen dabei immer als Opfer, „Die anderen“ immer als TäterInnen, selbst wenn sie zu Schaden kommen (man spricht von Opfer-Täter-Umkehr). (Viele Beispiele für demagogische Sprache finden sich in Ötsch 2002a.)

- (2) Ein Politikansatz, der im Kern aus sechs Bestandteilen besteht:
- a) Das Ansprechen von Problemen. Populisten sprechen oft Probleme an, die andere Parteien nicht thematisieren. Auf diese Weise bekommen sie einen diskursiven Vorteil und erscheinen glaubwürdiger. Z.B. hat die langjährige Verweigerung der großen Parteien in Österreich über Probleme der Integration zu sprechen, den rechten Populismus nachhaltig gefördert (ähnliches geschieht heute zu Problemen des Sozialstaates, der in meiner Einschätzung durch den „Fiskalpakt“ europaweit bedroht ist.)
 - b) Das Anheizen von Gefühlen. Dies geschieht oft durch das Erzählen von Geschichten über Einzelfälle, oft mit erfundenen Zahlen und verzerrten Darstellungen.
 - c) Die Verbindung mit dem demagogischen Welt-Bild. Die Einzelfälle werden verallgemeinert und als Eigenschaften der ganzen Gruppe der „Die“ hingestellt.
 - d) Die Nennung von Sündenböcken, d.h. die „Erklärung“ der genannten Probleme.
 - e) Die Verheißung einer Besserung. Dazu preisen sich der oder die PopulistIn als RetterIn an.
 - f) Der Entwurf einer besseren Zukunft. Für den Fall, dass die vorgeschlagene Abhilfe (den bedrohlichen Einfluss der „Anderen“ zurückzudrängen) befolgt wird, wird ein positives Bild der Zukunft gemalt. (Frank Stronach hat z.B. angekündigt, er würde Österreich „zum höchsten Lebensstandard auf der ganzen Welt“ führen, nach Fürweger 2013, S. 154).
- (3) Ein autoritäres Organisationsprinzip, das sich direkt aus dem Bild einer zweigeteilten Welt ergibt: Die Einteilung der Bevölkerung nach „Wir“ und „Die“ ist nämlich reine Willkür. Sie beruht auf keinen Fakten, sondern auf einer im Kern beliebigen Interpretation. Die schlechten Charaktereigenschaften der „Die“ werden durch gezielte (oder erfundene) Einzelbeispiele „belegt“. Dabei werden die verwerflichsten Mitglieder angeführt (das könnte man mit jeder Gruppe in der Gesellschaft machen) und von ihnen auf eine fiktive Gesamtheit geschlossen. (Weil manche PolitikerInnen korrupt

sind, werden alle PolitikerInnen als korrupt hingestellt.) Ob und wie eine konkrete Person zu den „Wir“ oder zu den „Die“ zu zählen ist, ist dabei nach nachvollziehbaren Kriterien meist nicht sagbar. Ein und dieselbe Person kann einmal in der einen, ein andermal in der anderen Gruppe aufscheinen. In demagogischen „Bewegungen“ kann und darf es keine wirkliche Auseinandersetzung über die Kriterien der Zuordnung einer aktuellen Person geben, - das würde ja die Willkür der absurden Gruppenbildung entlarven. Anstelle dessen hat ein „Führer“ oder eine Zentrale zu treten, welche die für das Welt-Bild notwendigen persönlichen Zuordnung durch eine Aktion vornimmt (z.B. eine rüde Beschimpfung der PolitikerInnen, ein Markenzeichen von Frank Stronach im österreichischen Wahlkampf 2013). Das bedeutet, dass demagogische Bewegungen notwendig autoritär sein müssen. Dazu wird eine Organisationsform benötigt, die in wichtigen (aber nicht in allen) Zügen an eine Sekte erinnern kann (vgl. Kramer und Alstad 1993). Das Machtzentrum liegt bei einem „Guru“. Er kann – wie dies Frank Stronach wiederholt demonstriert hat – tun und lassen, was er will, und wird dabei von seinem „Team“ unterstützt. Um die zentrale Führungsperson gruppiert sich ein innerster Führungskreis von loyal ergebenden Personen. Sie schützen ihn parteiintern vor Kritik und verteidigen ihn nach außen, – egal, wie skurril seine Aktionen auch sein mögen. Die zentrale Person besitzt damit eine direkte Umgebung, die sie in einer ungeheuren Selbstüberhöhung unterstützt. Der Tag der Bekanntgabe des Teams Stronachs wurde demgemäß angepriesen als „ein sehr wichtiger Tag, der in die Geschichte Österreichs eingehen wird und der auch in die Geschichte der Welt eingehen wird.“ (Der Standard vom 27.9.2012).

- (4) Längerfristig kann ein solches Denken eine eigene Dynamik entfalten, weil die willkürlich konstruierte Grenzziehung von „Wir“ gegen „Die“ im Kern auf einen Verschwörungsmythos hinausläuft. Egal, welches Problem auftaucht, immer tragen „die anderen“ die Schuld. Die „EU-Sanktionen“ gegen die österreichische Regierung nach der ÖVP-FPÖ Regierungsbildung im Jahre 2000 z.B. waren für Jörg Haider eine Verschwörung des österreichischen Bundespräsidenten und „der Linken“ mit der EU-Spitze, Untersuchungen und Verurteilungen der Gerichte waren und sind für Berlusconi immer eine Verschwörung von Staatsanwälten und Richtern, der Wahlkampf der SPÖ in Wien im März 2001 war für die FPÖ von einem Berater von der US-Ostküste gesteuert (ein Code für das internationale Judentum), usw.

Ein Verschwörungsdenken trägt den Keim für eine längerfristige Eskalationsspirale in sich, hier wiederholen sich vier Stadien: (1) Personen, die in Unsicherheit leben, bekommen (2) durch eine dem-

agogische Erklärung scheinbar Sicherheit: jetzt wissen sie, was die Ursache der erlebten oder imaginierten Probleme ist. Die Welt erscheint klar. Aber die Grundkategorien dieser „Erklärung“ bewirken (3) einen steigenden Realitäts-Verlust, weil sie auf keinen nachvollziehbaren Fakten beruhen. Auf dieser Basis kann demagogische Politik, wenn sie Einfluss erlangt, (4) reale Strukturen verändern oder auflösen. Damit steigt (1) die erlebte Unsicherheit und der beschriebene Zirkel geht in eine weitere Phase mit noch stärkeren Auswirkungen.

Die Tea Party

Genau diese Schleife kann bei der US-amerikanischen Tea Party beobachtet werden, die aktuell (im Herbst 2013) die Verabschiedung des neuen Budgets und die Erhöhung der Staatschulden in den USA blockiert, mit der Drohung einer neuen Wirtschaftskrise, die weltweit Auswirkung haben könnte.

Was ist die Tea Party? (vgl. zum folgenden Pühringer und Ötsch 2013) Die Tea Party ist eine Sammlung mehrerer regionaler Organisationen und eine Vielzahl unabhängiger lokaler AktivistInnen (Berg 2011). Sie proklamiert sich selbst als Graswurzelbewegung (z.B. in: taxdayteaparty.com) und wird gleichzeitig durch reiche Personen (wie die Gebrüder David und Charles Koch, Mayer 2010, Rich 2010), Stiftungen und konservative Medien (wie Fox News) wirkungsvoll unterstützt. Sie entsteht Ende 2008/Anfang 2009 als Reaktion auf die Finanzkrise (Höhepunkt Herbst 2008) und die Wahl von Barack Obama zum Präsidenten wenige Wochen danach. Sie ist eine demagogische Bewegung, welche auch die Finanzkrise und die darauf folgenden Rettungsmaßnahmen zum Inhalt hat. Dazu ist die Reaktion der Regierung Obama auf die Finanzkrise entscheidend, diese hatte sich nicht von den Maßnahmen der Regierung Bush distanziert. In dieser Hinsicht gibt es geradezu eine Kontinuität von Bush zu Obama (Scheiber 2011). Obama hat z.B. Timothy Geithner zu seinem ersten Finanzminister gemacht. Dieser war vorher Präsident der New Yorker Fed (der amerikanischen Notenbank) und hat die Bankenrettungen der Regierung Bush ab Herbst 2008 – gemeinsam mit Ben Bernanke, dem Chef der US-Notenbank – aktiv betrieben, Bernanke wurde später auch von Obama in seinem Amt bestätigt. Dabei und bei ihrem großen Konjunkturprogramm (Anfang 2009) positionierte sich die Regierung Obama in der Öffentlichkeit nicht klar gegen Wall Street. Es wurde auch kein stimmiges Narrativ zur Finanzkrise und zu den gewaltigen Rettungsmaßnahmen entwickelt, – das wurde auch in Europa versäumt, nach meiner Einschätzung ein folgenreiches Versäumnis, das die Politik bis heute prägt. Der Bevölkerung wurde

von der Regierung Obama nicht erklärt, wie und warum es zur Finanzkrise gekommen ist, wer für die Krise verantwortlich war und was man tun will, um in der Zukunft eine neue Krise zu verhindern (Frank 2012, Kap. 10).

In diese Lücke stieß die Tea Party. Ihre zentrale Botschaft ist eine kohärentes Narrativ zur Krise und den Rettungsmaßnahmen im Banken- und Schattenbankensystem sowie zur Stützung der Konjunktur. Ihre „Erklärung“ folgt den geschilderten Kategorien von Demagogie. Die „Die“ werden von der Tea Party als Elite von ManagerInnen und PolitikerInnen definiert, dabei wird meist auf die von Demokraten geführten Regierungen abgezielt. Der prototypische Vertreter der „Wir“ ist der „kleine Mann“, der sein Brot in harter Arbeit verdienen muss. Die „Die“ haben sich gegen die „Wir“ verschworen, indem sie den Staat in ein Instrument zur „Versklavung“ von freiheitsliebenden Bürgern verwandelt haben. Der „Beweis“ für diese Sicht sind die riesigen Rettungspakete, – sie werden mit dem Programm zur Stützung der Wirtschaft (American Recovery and Reinvestment Act, ARRA, vom Februar 2009, ursprünglich auf 787 Mrd. \$ geplant) und Obamas Gesundheitsreform in einen Topf geworfen. Programme dieser Art dienen nicht „dem Volk“, sondern „der Elite“, die vom Staat profitiert. Dazu zählen auch alle BezieherInnen von Wohlfahrtsprogrammen, auch sie bekommen vom Staat etwas, was „Ihnen“ moralisch gar nicht zusteht.

Finanzieren müssen all das die „Wir“: hart arbeitende Menschen, das sind Hedgefonds-ManagerInnen, MilliardärInnen und gewöhnliche ArbeiterInnen, alle in einer Gruppe vereint. Sie integrieren sich moralisch integer in das Wirtschaftssystem und akzeptieren, dass Wirtschaften auch Risiken und Verluste mit sich bringen kann, die man selbst zu tragen hat (Rae 2011). Die „Wir“ der Tea Party sind alle Menschen mit einer korrekten kapitalistischen Ethik: sie arbeiten und wollen auch arbeiten. Die „Die“ hingegen haben gar kein Interesse an Arbeit, sondern wollen nur vom Staat versorgt werden. Dieses moralische Fehlverhalten liegt der Krise ab 2008 zugrunde. Sie wurde vorbereitet von Gesetzen, vor allem der Regierungen Clinton, die z.B. Hausbauer unterstützt hat, Kredite aufzunehmen, die sie sich gar nicht leisten konnten. Gleichzeitig sind „Die“ auch für die explodierenden Staatsschulden der USA verantwortlich: unter ihren Ansprüchen erstickt der Staat (Berg 2011).

Die eigentliche Misere liegt für die Tea Party demnach in der amorali-schen Haltung der „Die“ (Ekins 2011). Sie haben die ursprüngliche Moral der USA über Bord geworfen. Diese sei bei den „Gründungs-vätern“ der USA zu finden, welche die amerikanische Verfassung von 1787 geschrieben haben. In dieser Urkunde ist von einem Sozialstaat

keine Rede. Will die USA ihre alte Größe wieder finden, dann müssen der Sozialstaat zurückgefahren und die Staatsschulden drastisch gesenkt werden (Lemuel 2010).

Die Tea Party verknüpft auf diese Weise die Demagogie von „Wir“ und „Die“ mit der marktradikalen Gegenüberstellung von „Markt“ versus „Staat“. „Der Markt“ gilt dabei prinzipiell als gut, „der Staat“ als schlecht, – mit direktem Rekurs auf die Begründer des Neoliberalismus, Ludwig Mises und Friedrich Hayek, die diese Dualität formuliert haben (vgl. Ötsch 2009). Wirtschaftspolitik jeder Art sind „Eingriffe“ in „den Markt“, der auf diese Weise „behindert“ wird (Kirby und Ekins 2012), – die Folgen können nur Krisen sein. Die Finanzkrise 2008 ist für die Tea Party keine Folge der Deregulierungspolitik der Jahrzehnte davor, sondern „der Politik“ generell, die nur „Eingriffe“ produziert. Dieses neue neoliberal-demagogische Denken „erklärt“ also die Finanzkrise, ohne über Strukturen in der Wirtschaft reden zu müssen. Mit anderen Worten: Die Protesthaltung der Tea Party fördert genau die Bedingungen (die neoliberale Deregulierungspolitik), welche die Krise herbeigeführt haben (Frank 2012, S. 442).

Das Team Stronach

Frank Stronach hat sein „Team“ am 27.9.2012 als neue politische Partei präsentiert. Bei den Nationalratswahlen 2013 wurden 5,7 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen und 11 Parlamentssitze erzielt. Stronach hat sein Antreten langfristig geplant, vor allem durch seine Kolumne „Franks Welt“ in der Sonntagsausgabe der Kronen Zeitung von April 2010 bis September 2012 (später publiziert als Stronach 2012a). Das Programm seiner Partei und viele seiner Äußerungen (Stronach 2012b und c) demonstrieren eine Nähe zu Vorstellungen der Tea Party, auf die hier kurz eingegangen werden soll (ausführlicher in Pühringer und Ötsch 2013).

1. Das Auftreten von Frank Stronach auf der politischen Bühne Österreich kann – in Parallele zur Tea Party – als Reaktion auf die Wirtschaftskrise 2008 aufgefasst werden, freilich nicht direkt, sondern vermittelt über die „Staatschuldenkrise“ von Eurostaaten, die ab 2010 thematisiert wurde (diese ist in meiner Einschätzung eine Folge der Finanzkrise 2008 und der darauffolgenden Wirtschaftskrise). Die neue Partei wurde von Anfang an als Anti-Euro-Partei positioniert: „die Revision/Abschaffung/Neuaufbau des Euros“ steht laut Homepage im „Zentrum unserer politischen Vorstellungen“. (vgl. <http://euro.teamstronach.at/de/eurokritische-haltung>).

2. Stronach pflegt ein demagogisches Denkschema von „Die“ und „Wir“ ähnlich wie die „Arbeitenden“ und „Nicht-arbeiten-Wollenden“ in der Tea Party. Für ihn gibt es ein „System“, bestehend aus einer privilegierte „Elite“, das sind vor allem (Berufs-)PolitikerInnen und Parteien, die sich „nicht vom Futtertrog verdrängen lassen (wollen) und um jeden Preis ihr Machterhaltungssystem aufrecht-erhalten oder sogar ausbauen“ wollen (Stronach 2012a, S. 9f.).

Dieser amoralischen Gruppe stehen die Fleißigen gegenüber, die wie Stronach selbst hart arbeiten und über hohe Leistungsbereitschaft verfügen. Stronach sieht sich als „einer der führenden Wirtschaftspersönlichkeiten der Welt“ und zugleich als „Mann des Volkes, der ihnen“ (den „Die“ im binären Welt-Bild) „ihr Spiel versauen kann“ (Fürweger 2013, S. 155).

Die Grenzziehung zwischen „Elite“ und „Volk“ verläuft bei Stronach erstaunlich ähnlich der von „Arbeitenden“ und „Nicht-arbeiten-Wollenden“ in der Tea Party. „Politik“ wird immer negativ gesehen, durchaus in Widerspruch zu seiner eigenen Lebensgeschichte (siehe unten). Probleme und Schwierigkeiten werden nicht systemisch oder funktionell erklärt, die Finanz- und Wirtschaftskrise wird nicht analysiert. Die Staatsschulden werden unabhängig und getrennt von der Finanzkrise gesehen respektive in einem Schwarz-Weiß-Schema Sündenböcken zugeschoben, – das sind vor allem „die Politiker“ oder „die Gewerkschaften“ (die nach Team Stronach-Klubobmann Robert Lugar sogar für den Konkurs der Nahversorgerkette daily verantwortlich zu machen sind, Lugar auf orf.at vom 12.7.2013).

3. Wie in jedem demagogischen Denksystem wird bei Stronach Geschichte mythologisch und nicht faktenzutreffend erzählt. Krisen, Korruptionsvorwürfe und gescheiterte Projekte finden in Stronachs Selbsterzählungen keine oder nur cursorisch Erwähnung, Fehlschläge werden nicht oder kaum erwähnt (Details bei Pühringer und Ötsch 2013, Fürweger 2013, S. 106f., und Mappes-Niediek 2004). Stronachs Selbstüberhöhung dient gleichzeitig der Diskreditierung der GegnerInnen und KritikerInnen: „Die haben noch nie Löhne gezahlt. Die reden alle immer Blödsinn zusammen und haben noch nie Arbeitsplätze geschaffen. Ich bin stolz darauf, dass ich so viele Arbeitsplätze geschaffen habe“, so Stronach in der ZIB 2.
4. Stronach koppelt – ähnlich wie die Tea Party – ein duales Welt-Bild von „Wir“ und „Die“ mit der altbekannten marktradikalen Gegenüberstellung von „Wirtschaft“ und „Staat“ bzw. „Politik“. „Die Politik“ ist immer moralisch schlecht, sein eigener Erfolg in der Wirtschaft hingegen Ausdruck seiner überragenden Ethik, die hilf-

reichen politischen Kontakte von Stronach dabei werden verschwiegen (Zwander 2012), z.B. bei der Krise des Magna-Konzerns 1990/91 (Fürweger 2013, S. 35ff). Politik wird als Moralveranstaltung gesehen, ein die Kernbotschaft reduziert sich auf „Werte“.

5. Dabei muss ich die Politik – der marktradikalen Logik folgend – streng „der Wirtschaft“ unterordnen. Stronachs Credo ist „Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft.“ Das Steuersystem soll zum Vorteil von reichen Personen und von Unternehmen (durch eine Flat Tax) umstrukturiert werden, eine progressive Einkommenssteuer wird abgelehnt (The Washington Times vom 4.10.2011), usw.
6. Gleichzeitig soll – ähnlich wie ursprünglich bei Hayek (Hayek 1981, S. 156) – die Demokratie in ihrem traditionellen Verständnis zurückgefahren werden. Für wichtige Fragen schlägt Stronach ein „Weisenkomitee“ (Stronach 2012a, S. 24) bzw. „einen Beirat (...) aus unabhängigen angesehenen Personen“ vor, der „effiziente Lösungen“ ohne „parteilich motivierte Diskussionen“ (Stronach 2012a, S. 66) entwickeln soll: für bedeutende Themen braucht man Experten, aber keine demokratische Meinungsfindung.

Resümee

Das Auftreten und der Erfolg des „Teams Stronach“ in Österreich weist auf ein neues Moment von Politik hin. Es steht in Zusammenhang mit der Finanzkrise 2008 und den politischen Reaktionen darauf. Die Finanzkrise ist in meinem Verständnis auch das Ergebnis einer marktradikalen Denkens, das seit über einem Viertel Jahrhundert in viele Bereiche der Gesellschaft eingesickert ist und politisch von fast allen Parteien getragen wird. Diese Denkweise hat das jahrzehntelange Programm einer Deregulierung, vor allem von Finanzprodukten, möglich gemacht. Ihr Ergebnis war eine neue Form des Kapitalismus, bei der die Finanzsektoren (inklusive dem Bereich der Schattenbanken und ihren Verzahnungen mit den Steuer- und Regulierungssoasen) die übrigen Teile der Wirtschaft dominieren. Dieses System hat die Finanzkrise 2008 (die in ihrem Kern eine Krise des Schattenbanken war, Beyer u.a. 2013) verursacht, die Krise muss als Systemkrise reflektiert werden.

Aber als Folge wurde das marktradikale Denken nicht geschwächt, sondern – nach einer kurzen Phase einer Erschütterung – gefestigt und verstärkt. Das neoliberale Denken hat seither an Einfluss gewonnen, – in einer historischen Betrachtung ein erstaunlicher Vorgang. Nach der Krise ist es zu keinem Wechsel von Eliten, weder in der

Wirtschaft noch in der Politik oder in der Wirtschaftstheorie (Mironowski 2013, Hirte 2013, Pühringer und Hirte 2013) gekommen. Die großen Banken, die als systemrelevant galten („too big to fail“) sind noch größer geworden. Es hat keine medial vermittelte Ursachenanalyse gegeben, die Politiker haben der Bevölkerung - weder in der USA noch in Europa – ein Erzählung über die Krise und über die (historisch einmaligen) „Rettungen“ vermittelt. Schuldige wurden nicht zur Rechenschaft gezogen, – historisch handelt es sich um die erste große Finanzkrise ohne Verurteilungen wegen Betrugs für wirtschaftlich Mächtige. Es gab (und gibt) zwar eine umfangreiche Debatte zur Regulierung von Finanzprodukten, aber die faktischen Ergebnisse sind marginal.

In dieser Situation wurde eine neue marktradikale Rhetorik in der Öffentlichkeit populär. In Europa hat sich ein Narrativ über die Staatsschulden etabliert („Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“), bei der diese Problematik gänzlich von der Finanzkrise entkoppelt worden ist (in krassem Kontrast zur Empirie: vor 2008 sind die Staatsschuldenquoten im Euroraum gesunken). Als Konsens gilt jetzt (auch weltweit), dass der Staat „sparen“ müsse. Die Folgen für die Bevölkerung (in Griechenland gibt es keinen Sozialstaat mehr), insbesondere für die Jugend, werden stillschweigend akzeptiert, - eine neue Art von Sachzwang: die Politik muss sich den Forderungen „der Märkte“ bzw. „des Marktes“ (Ötsch 2009) unterworfen. Aber hinten „den Märkten“ stehen sehr reiche Personen, die über die enorm konzentrierten Finanzmittel verfügen. Ihre Macht ist seit 2008 gestiegen. Jetzt führen sie in den USA und in Europa einen direkten Kampf gegen den Sozialstaat, ein Ärgernis in ihren Augen.

Die neue „Revolte von oben“ hat viele Züge. Die Tea Party wird von reichen Sponsoren gefördert, ihr Ziel ist ein Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften in den USA. Stronach als Milliardär verfolgt ähnliche Ziele: eine Abschaffung der progressive Einkommensbesteuerung und eine „Ökonomisierung“ der Politik. Die Besitzstände der Reichen würden dabei vermehrt, die bestehende soziale Ungleichheit weiter gesteigert werden. Beide „Bewegungen“ bedienen sich dabei einer moralischen Rhetorik. Gute Werte sollen den „eigentlichen“ Kapitalismus retten. Finanzkapitalistische Strukturen werden ausgeblendet, der Kapitalismus wird auf einen „guten“ Kern reduziert, der in einer moralischen Neubesinnung (wieder)aktiviert werden soll.

Literaturverzeichnis

- Berg, John C. (2011). President Obama, the Tea Party Movement, and the Crisis of the American Party System. Internet: ssrn.com/abstract=1879523 (Zugriff: 13.5.2013)
- Beyer, Karl Michael; Ötsch, Walter Otto; Mader, Laura (2013): Die Finanzkrise 2007-2009 als Krise von Schattenbanken. Eine einführende institutionelle Analyse.
- Derks, Lucas (2000): Das Spiel sozialer Beziehungen. NLP und die Struktur zwischenmenschlicher Erfahrung. Stuttgart.
- Derks, Lucas (2005): Social Panoramas. Changing the Unconscious Landscape with NLP and Psychotherapy, Camarthen, Wales: Crown House Publishing Limited.
- Ekins, Emily McClintock (2011). The Character and Economic Morality of the Tea Party Movement. Internet: ssrn.com/abstract=1920840yy (Zugriff: 13.5.2013)
- Frank, Thomas (2012). Pity the Billionaire. The Hard-Times Swindle and the Unlikely Comeback of the Right, New York.
- Fürweger, Wolfgang (2013): Frank Stronach. Eine Biografie, Wien.
- Hartleb, Florian (2005): Rechtspopulistische Parteien, Arbeitspapier/Dokumentation der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 143 (April), Sankt Augustin.
- Haslinger, Josef (1995): Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich, Frankfurt.
- Hayek, Friedrich August von (1981). Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 3: Die Verfassung einer „Gesellschaft freier Menschen“, Landsberg am Lech.
- Hirte, Katrin (2013). ÖkonomInnen in der Finanzkrise. Diskurse, Netzwerke, Initiativen, Marburg.
- Kirby, David/Emily Ekins (2012). Libertarian Roots of the Tea Party, Cato Institute, in: Policy Analysis, no 705 (7).
- Kramer, Joel und Alstad, Diana (1993): The Guru Papers. Masks of Authoritarian Power, Berkeley.
- Laclau, Ernesto (2005) „Populism: What's in a Name?“, in: F. Panizza (ed.) Populism and the Mirror of Democracy, London: Verso, 32-49.
- Lakoff, George, Johnson, Mark (2007): Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern, Heidelberg: Carl Auer (5. Auflage).
- Lakoff, George, Wehling, Elisabeth (2008): Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht, Heidelberg: Carl Auer.
- Lakoff, George (2002): Moral Politics. How Liberals and Conservatives Think, 2nd edition, Chicago and London: The University of Chicago Press.
- Lemuel, Joel M. (2010): The Radical Voice in the Rhetoric of the Tea Party Movement, in: Communication Theses, Paper 63.
- Mappes-Niediek, Norbert (2004): Let's be Frank: Die unglaubliche Geschichte des heimlichen Kaisers von Österreichs, Frankfurt am Main.
- Mayer, Jane (2010): Covert Operations. The billionaire brothers who are waging a war against Obama, The New Yorker, 30. August 2010 (www.newyorker.com/reporting/2010/08/30/100830fa_fact_mayer?currentPage=all, dl: 15.7.2013)

Mirowski, Philip (2013): *Never Let a Serious Crisis Go to Waste: How Neoliberalism Survived the Financial Meltdown*, London / New York: Verso.

Mudde, Cas und Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2011): *Voices of the Peoples. Populism in Europe and Latin America Compared*, The Helen Kellogg Institute, Working Paper 378 (Juli)

Ötsch, Walter O. (2002a). *Haider Light. Handbuch für Demagogie*, Wien.

Ötsch, Walter O. (2002b). *Demagogische Vorstellungswelten. Das Beispiel der Freiheitlichen Partei Österreichs*, in: Gabriella Hauch/Thomas Hellmuth/Paul Pasteur (Hg.): *Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich*, Innsbruck, 93-104.

Ötsch, Walter O. (2009). *Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie*, Marburg.

Pühringer, Stephan und Katrin Hirte (2013). *The financial crisis as a heart attack. Discourse profiles of economists in the financial crisis*, in: *Journal of Language and Politics*, Vol. 12(3) (im Druck).

Pühringer, Stephan und Walter Otto Ötsch (2013): *Das Team Stronach: eine österreichische Tea Party? Arbeitspapier 19 des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft* (<http://www.icae.at/wp/wp-content/uploads/2013/08/TS+TP.pdf>)

Rae, Nicol C. (2011). *The Return of Conservative Populism: The Rise of the Tea Party and its Impact on American Politics*. Internet: ssrn.com/abstract=1911985 (Zugriff: 13.5.2013)

Reinfeldt, Sebastian (2000): *Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus*, Wien: Braumüller.

Rich, Frank (2010): *The Billionaires Bankrolling the Tea Party*, *New York Times*, 29.08.

Scheiber, Noam (2011): *The Escape Artists. How Obama's Team Fumbled the Recovery*, New York et al.

Sottopietra, Doris (1998): *Phänomen Rechtspopulismus*, Hg. von der Zukunfts- und Kulturwerkstätte, Wien, online unter: www.demokratiezentrum.org.

Stronach, Frank (2012a): *Frank's Welt. Wahrheit, Transparenz und Fairness in Politik und Gesellschaft*, Wien.

Stronach, Frank (2012b): *I, Frank – The Magna Man. My Road to Economic Freedom*, Toronto.

Stronach, Frank (2012c). *Ein Wegweiser für Österreich von Frank Stronach. Eine Revolution für Österreich!*

Van Kessel, Stijn Theodoor (2011): *Supply and Demand. Identifying Populist Parties in Europe and Explaining their Electoral Performance*. Thesis submitted for the degree of Doctor of Philosophy, University of Sussex Brighton.

Zwander, Wolfgang (2012). *Stronachs Staatsaffären. Frank Stronach schimpft auf die Politik, obwohl er von ihr mehrfach gerettet wurde*, in: *Falter* 28/12. Internet: www.falter.at/falter/2012/07/10/stronachs-staatsaffaeren (Zugriff: 21.7.2013)

Sieglinde Rosenberger/Gilg Seeber

Kritische Einstellungen: BürgerInnen zu Demokratie, Politik und Migration

Anmerkung: Dieser Beitrag von Sieglinde Rosenberger und Gilg Seeber ist bereits im Jahr 2011 erschienen. Mit freundlicher Genehmigung von Sieglinde Rosenberger wird der Artikel in deutlich gekürzter Form an dieser Stelle nochmals gedruckt. Der Originalbeitrag findet sich: Rosenberger, Sieglinde/Seeber, Gilg (2011): Kritische Einstellungen: BürgerInnen zu Demokratie, Politik, Migration. In: Regina Polak (Hg.): Zukunft. Werte. Europa. Die europäische Wertestudie 1990-2010: Österreich im Vergleich. Böhlau Verlag: Wien/Köln/Weimar, 165-189.

1 Einleitung

Gegenstand dieses Beitrages sind die „kritischen“ Beziehungen zwischen BürgerInnen und liberal-repräsentativer Politik – und zwar aus der Perspektive von (befragten) BürgerInnen. Es werden individuelle Meinungen und Einstellungen der Wohnbevölkerungen in etablierten westeuropäischen Demokratien im Hinblick auf politisches Interesse, unkonventionelle Partizipation, Unterstützung repräsentativer Einrichtungen sowie Orientierungen zu MigrantInnen, Minderheiten und EU-Erweiterung untersucht und miteinander in Beziehung gesetzt. Vertrauen und Misstrauen, Interesse und Desinteresse, Zustimmung und Unzufriedenheit, Ablehnung und Antipathie sind die Themen.

Auf der Grundlage von Daten der Europäischen Wertestudien 1990, 1999 und 2008 interessieren wir uns für Veränderungen und positionieren Österreich innerhalb der westeuropäischen Demokratien. Die leitenden Fragen sind: Sind die individuellen Meinungen und Einstellungen der österreichischen BürgerInnen zu Demokratie, Politik und Migration/EU ähnlich oder anders als jene in den westeuropäischen Ländern? In welche Richtung haben sie sich im Zeitverlauf und im Ländervergleich gewandelt? Belastet das Meinungsklima demo-

kratische Prinzipien und repräsentative Institutionen? Trifft dies für Österreich besonders oder anders zu als für andere europäische Demokratien? Diese Fragen sind mit Russel J. Dalton (2004) gesprochen deshalb relevant, weil Einstellungen das demokratische Regierungssystem insofern herausfordern als signifikante, über einen längeren Zeitraum hinweg sich verfestigende Einstellungsänderungen politische Prozesse, Inhalte und Institutionen maßgeblich beeinflussen. Wandel in Akteurs- und Parteienkonstellationen, als Folge von Einstellungsänderungen zu betrachten, bringen inhaltliche und prozedurale Reformen hervor bzw. verhindern diese, schlagen sich also in institutionellem und inhaltlichem Wandel nieder.

In der politikwissenschaftlichen Literatur wird auf der Grundlage von Umfragen (wie z.B. dem länderübergreifenden Eurobarometer, der Weltwertestudie oder dem European Social Survey) nahezu konsensual ein kontinuierlicher Rückgang von politischer Beteiligung, Interesse und Vertrauen in politische Institutionen festgestellt – BürgerInnen distanzieren sich von Politik und PolitikerInnen, sie entkoppeln sich von ihr. Gerry Stocker (2006), Colin Hay (2007) und Colin Croch (2008) betonen die Bedeutung der Politik für das Leben der Menschen und für die Legitimität von politischen Entscheidungen und geben primär makropolitische Erklärungen, weshalb BürgerInnen sich von der Politik abwenden (z.B. Globalisierung, Kommerzialisierung öffentlicher Leistungen). Untersuchungen auf der Grundlage der Europäischen Wertestudien 1999 und 2008 weisen ebenfalls Erosionsprozesse nach. Denz (2002) zeigt sich über sinkende politische Zustimmungswerte, Zufriedenheits- und Vertrauenswerte alarmiert. Friesl et al (2009) weisen auf das fremdenfeindliche Klima in Österreich als Wertedefizit hin. Politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kultur in Österreich, vor allem zur Erosion der politischen Konsenskultur, betonen zwar ebenfalls den Rückgang der Zustimmung zu etablierten politischen AkteurInnen und Einrichtungen. Sie sehen darin aber weniger eine problematische Entwicklung als ein Abgehen von der Hyperstabilität in Richtung Normalisierung der österreichischen politischen Kultur.

Die in diesem Beitrag behandelten Themen Demokratie und Politik sind konzeptionell und empirisch im Denken nationalstaatlicher politischer Räume verankert. Durch die Einbeziehung von Meinungen zu Migration und EU-Erweiterung wird es aber möglich, die nationalstaatliche Dimension selbst zum Thema zu machen.

Der zeit- und ländervergleichende Zugang zeigt für Österreich einige überraschende und teils auch widersprüchliche Ergebnisse: Österreich ist charakterisiert durch eine sehr hohe Zustimmung zu Demokratie als abstraktem Regierungsprinzip, gleichzeitig ist die Zufrie-

denheit mit der Qualität der Leistungen des demokratischen Systems eher bescheiden. Die Daten sprechen für eine hohe, im Vergleich zu anderen Staaten aber dennoch durchschnittliche Zustimmung zum „starken Führer“ als Alternative zur demokratischen Regierungsform; sie zeigen vergleichsweise und kontinuierlich geringe Teilnahme an elitenherausfordernden Partizipationsformen und parallel dazu ein sehr hohes deklariertes politisches Interesse. Im Gegensatz dazu ist das politische Vertrauen in repräsentative Institutionen wie Regierung, Parlament und in politische Parteien westeuropäisch gesehen äußerst niedrig. Die größte Differenz zwischen den Meinungen der österreichischen BürgerInnen und jenen in anderen westeuropäischen Demokratien liegt aber in der Antipathie gegenüber MigrantenInnen und Minderheiten. Diese Höchstwerte der Ablehnung lassen eine hohe national-ethnische Positionierung erkennen.

Bevor wir diese Ergebnisse detaillierter vorstellen, wollen wir Daten und methodische Herangehensweise beschreiben.

2 Daten und Methoden

Die empirischen Beobachtungen basieren auf Umfragedaten von drei Wellen der Europäischen Wertestudie¹ (EVS 1990, 1999/2000, 2008). Wir wählen eine zeitliche und Länder vergleichende Perspektive. Untersucht werden die etablierten europäischen Demokratien, die wir im Folgenden als Westeuropa (WE) bezeichnen. Daten liegen nicht für alle Länder dieser Staatengruppe für alle drei Erhebungsperioden vor – insbesondere bleibt die Schweiz in unserer Studie ausgeklammert, weil sie nicht an den Wellen 1990 und 1999/2000 des EVS teilgenommen hatte.

Um Österreich im westeuropäischen Kontext zu analysieren, bilden wir aus den Individualdaten des EVS aggregierte Indikatoren auf der Ebene der Länder bzw. der gesamten Staatengruppe². Diese Indikatoren errechnen sich aus Variablen der EVS-Datensätze aus Anteils- bzw. Durchschnittswerten oder werden aus mehreren Variablen konstruiert. Beispiele für zusammengesetzte Indizes finden sich mit den Vertrauensindizes in Abschnitt 5 und den Antipathie-Indizes in Abschnitt 6.

Für alle am EVS teilnehmenden Staaten ist die Grundgesamtheit die erwachsene Wohnbevölkerung ab 18 Jahren, die in privaten Haushalten lebt – und zwar unabhängig von der Staatsbürgerschaft und der Herkunft.

¹ Wir danken der Herausgeberin für die Bereitstellung von SPSS-Dateien, auf die wir für die meisten statistischen Analysen zurückgreifen konnten.

² Indikatoren auf der Ebene der gesamten Staatengruppe berücksichtigen durch Gewichtung nach der Größe der Wohnbevölkerung die unterschiedlichen Bevölkerungszahlen der Länder.

3 Hohes politisches Interesse und niedrige Partizipation

Politik ist bei weitem nicht das Wichtigste im Leben, so ein wenig überraschendes Ergebnis: Etwa jeder zehnte Mann und etwa jede elfte Frau in Westeuropa finden, dass Politik im Leben sehr wichtig wäre – bei leicht steigender Tendenz seit 1990. Die Daten der EVS weisen für Österreich ein überdurchschnittlich hohes Interesse an Politik aus, Österreich erreicht hier geradezu Höchstwerte. 1990 lag Österreich hinter Deutschland an zweiter Stelle hinsichtlich „Politik interessiert mich sehr“, 1999 an erster Stelle, 2008 wiederum an zweiter Stelle (hinter Deutschland). Dänemark, ansonsten Spitzenreiter bei Werten, die eine hohe Zustimmung und Zufriedenheit mit Demokratie messen, liegt hinter Deutschland und Österreich an dritter Stelle. Zu erwähnen ist, dass auch in anderen Studien, etwa auf der Grundlage des European Social Survey, ein ähnlich intensives politisches Interesse identifiziert wurde (Plasser/Seeber 2011).

Das vergleichsweise hohe politische Interesse ist sowohl in Österreich als auch in Westeuropa geschlechtsspezifisch strukturiert. Der Anteil der Frauen, die angaben, sich nicht für Politik zu interessieren oder nie über Politik zu reden, ist höher als der Anteil der Männer, der selbiges über sich behauptet. Das Ausmaß des Redens über Politik ist über den Zeitverlauf in Westeuropa nahezu konstant geblieben. Ähnliches gilt für das politische Interesse, das im Zeitverlauf lediglich leicht angestiegen ist. Österreich ist in dieser Hinsicht etwas anders aufgestellt: 1999 ist ein weiterer Anstieg des Interesses zu beobachten – hier aber nur bei Männern, nicht bei Frauen. Das Interesse der Frauen an Politik bleibt eher konstant, jenes der Männer nimmt zu – auch im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern.

Interesse an Politik	Geschlecht	1990		1999		2008	
		AT	WE	AT	WE	AT	WE
Interessiert mich sehr	Männer	21	18	29	15	28	18
	Frauen	12	9	13	7	13	10
Interessiert mich etwas	Männer	43	37	46	36	39	38
	Frauen	33	30	46	28	40	33
Interessiert mich kaum oder gar nicht	Männer	36	45	25	49	32	44
	Frauen	55	61	40	65	40	51

Tabelle 1: Interesse an Politik – Vergleich Österreich (AT) zu Westeuropa (WE).

Angaben in Prozent.

Quelle: EVS 1990-2008.

Reden über Politik	Geschlecht	1990		1999		2008	
		AT	WE	AT	WE	AT	WE
Öfter	Männer	23	20	25	18	21	20
	Frauen	15	14	15	12	14	13
Gelegentlich	Männer	53	56	54	56	65	57
	Frauen	48	48	55	49	60	53
Nie	Männer	24	24	21	26	14	23
	Frauen	37	39	30	39	25	34

Tabelle 2: Wenn Sie mit Freunden zusammen sind: Sprechen Sie dann über Politik? – Vergleich Österreich (AT) zu Westeuropa (WE).

Angaben in Prozent. Quelle: EVS 1990-2008.

Das konstant hohe politische Interesse legt die Annahme nahe, dass aktuelle Ereignisse einen Effekt auf das Ausmaß des politischen Interesses generieren. Politisches Interesse ist nicht nur als Konstante, als dauerhafter Ausdruck von Sozialisation oder politischer Kultur zu sehen, sondern situationsspezifisch, von Ereignissen abhängig. So hatte Deutschland im Jahre 1990, im Jahr der Vereinigung zwischen Ost und West, den Spitzenwert von 27 %, der WE-Durchschnitt lag bei 12,3 % (und ging in den folgenden Erhebungszeitpunkten wieder zurück).

Für Österreich ist zu berücksichtigen, dass während aller drei EVS-Erhebungszeiträume Nationalratswahlkämpfe geführt wurden, es also eine Zeit politischer Mobilisierung und Profilierung war. Dieser Umstand könnte eine Erklärung für das vergleichsweise sehr ausgeprägte politische Interesse sein. So hatten beispielsweise 1990 jene drei Länder, die parallel zur Erhebung der EVS einen Wahlkampf führten (Österreich, Deutschland, Dänemark) gleichzeitig die höchsten „sehr-an-Politik-interessiert“-Werte. In Wahlkampfphasen steigt das politische Interesse, es wird häufiger über Politik geredet, in Österreich gekoppelt mit einem eindeutigen gender gap: Das steigende Interesse lässt sich für Männer, aber nicht für Frauen beobachten. Wie ist die wachsende Geschlechterdifferenz im Jahre 1999 zu erklären? Vor dem Hintergrund des Ergebnisses der Nationalratswahl, die der FPÖ den hohen Stimmenanteil von 27 % brachte und ein eindeutig geschlechtsspezifisches Wahlverhalten zeigte (Plasser/Seeber/Ullram 2000), wäre in zukünftigen Studien folgender These nachzugehen: Im Wahlkampf 1999 gelang es vor allem der FPÖ, Männer zu mobilisieren, sie politisch zu interessieren – was nicht nur den gender gap im Wahlverhalten, sondern auch jenen im politischen Interesse erklären könnte.

Wir gehen nun der Frage nach, ob sich das höhere politische Interesse auch in Partizipationsformen bzw. -bereitschaft niederschlägt. Um die Antwort vorwegzunehmen: In Österreich koexistieren hohes politisches

Interesse und niedrige elitenherausfordernde Partizipationsfreudigkeit³. Wie also ist die Einstellung und Bereitschaft zu diesen legitimen bis illegitimen Partizipationsinstrumenten?

Der erste Befund lautet, dass die Inanspruchnahme bzw. Bereitschaft, elitenherausfordernde Instrumente zu nutzen, in Österreich stets weniger ausgeprägt ist als im westeuropäischen Durchschnitt. Auffällig ist die vergleichsweise besonders niedrige Beteiligung bei genehmigten Demonstrationen, der hingegen in Frankreich ein hoher Stellenwert zukommt. Zweitens ist, dass abermals 1999 ein besonderer Zeitpunkt war: Elitenherausfordernde Instrumente sind 1999 häufiger als 1990, aber auch häufiger als 2008 genannt worden. Schließlich sind drittens erhebliche Geschlechterunterschiede festzustellen: im Zeitverlauf nimmt die Teilnahme der Männer an elitenherausfordernden politischen Aktionen mehr zu als jene der Frauen, die Partizipationskluft vergrößert sich.

Partizipationsform	Geschlecht	1990		1999		2008	
		AT	WE	AT	WE	AT	WE
Unterschriftensammlung	Männer	46	56	58	58	51	56
	Frauen	47	51	55	57	47	56
Boycott	Männer	6	13	13	14	12	14
	Frauen	4	8	7	11	7	10
Genehmigte Demonstration	Männer	11	31	22	33	19	33
	Frauen	10	20	12	25	14	27
Nicht genehmigter Streik	Männer	1	8	3	9	5	9
	Frauen	1	4	1	5	3	5
Gebäude oder Fabriken besetzen	Männer	1	5	1	6	2	6
	Frauen	1	3	1	4	3	3

Tabelle 3: Beteiligung an politischen Aktionen – Vergleich Österreich (AT) zu Westeuropa (WE).

Angaben in Prozent.

Quelle: EVS 1990-2008.

³⁾ In der EVS wird lediglich nach Partizipationsformen wie Demonstrieren, Boykottieren, Streiken und Besetzen gefragt, nicht nach Wählen oder direkt-demokratischen Initiativen.

4 ÖsterreicherInnen am liebsten unter sich?

Die Welt im 21. Jahrhundert ist globalisiert, Staaten und Gesellschaften miteinander verknüpft, der europäische Integrationsprozess weit fortgeschritten, die Bevölkerungen ethnisch, national und religiös pluralisiert (in Österreich haben etwa 16 % sog. Migrationshintergrund; Österreichischer Integrationsfonds 2009). Entgegen dieser Realitäten scheinen die Einstellungen der österreichischen Wohnbevölkerung weder in der Welt noch in Europa angekommen zu sein, dominiert das Nationale und Ethnische trans- oder internationale Gegebenheiten (vgl. auch Friesl et al 2009; Ulram 2009).

Vor diesem Hintergrund werden nun Antworten in der EVS 2008 auf Items wie „Zugehörigkeit zu Europa“, „Angst vor EU-Erweiterung“, „Wichtigkeit im Lande geboren zu sein“ sowie „Unerwünschtheit von migrantischen Nachbarn“ herangezogen, um den Stellenwert national-ethnisch komponierter Einstellungen zu erfassen. Der vergleichende Blick auf die westeuropäischen Länder bringt folgende Dynamiken und Zusammenhänge an die Oberfläche: (1) Je prononcierter Menschen der Meinung sind, dass die Geburt im jeweiligen Land wichtig ist, desto weniger sehen sie sich als EuropäerInnen; (2) je höher der Wert des Antipathie-Index „Migration“ eines Landes ist (d.h. je höher die Antipathie gegenüber MigrantInnen ist), desto größer ist die Angst vor einer weiteren EU-Erweiterung; (3) je höher der Wert dieses Index ist, desto größer ist die Zustimmung der RespondentInnen zur Wichtigkeit der Geburt im jeweiligen Land (siehe Tabelle 4).

Die österreichischen RespondentInnen geben sich ängstlich – in Österreich fürchten sich vergleichsweise sehr viele vor einer weiteren EU-Erweiterung. Sie zeigen aber auch die höchste Antipathie gegenüber MigrantInnen (gemessen an der Frage nach den unerwünschten Nachbarn) und sie halten die Aussage, „die Geburt im Lande ist wichtig, um österreichisch zu sein“ für vergleichsweise wichtig. Dieses Einstellungsbündel verweist auf eine nationale und ethnische Selbstbezogenheit, die die mentalen wie territorialen Grenzen auch politisch eng ziehen lässt.

⁴⁾ Der Antipathie-Index „Migration“ wird weiter unten detailliert beschrieben.

Land	Zugehörigkeit zu Europa	Zugehörigkeit nur zum eigenen Land	Angst vor EU-Erweiterung	Geburt in Land X wichtig	Antipathie-Index MigrantInnen
Österreich	17 (11)	81 (9)	51 (3)	73 (6)	0,232 (1)
Italien	18 (12)	75 (12)	36 (10)	76 (2)	0,171 (2)
Finnland	24 (15)	74 (13)	52 (2)	64 (8)	0,155 (3)
Niederlande	20 (14)	79 (11)	29 (14)	47 (12)	0,148 (4)
Griechenland	14 (7)	84 (7)	41 (8)	75 (3)	0,141 (5)
Luxemburg	46 (16)	52 (15)	42 (7)	40 (16)	0,139 (6)
Irland	7 (2)	90 (1)	49 (4)	87 (1)	0,132 (7)
Deutschland	14 (6)	75 (6)	43 (6)	57 (9)	0,128 (8)
Portugal	12 (4)	87 (4)	23 (16)	74 (4)	0,114 (9)
Großbritannien	9 (3)	88 (3)	52 (1)	73 (7)	0,110 (10)
Schweden	16 (10)	70 (14)	33 (11)	49 (11)	0,092 (11)
Belgien	21 (14)	78 (11)	37 (9)	47 (12)	0,087 (12)
Norwegen	12 (5)	88 (2)	30 (12)	53 (10)	0,080 (13)
Spanien	7 (1)	86 (5)	24 (15)	74 (5)	0,069 (14)
Dänemark	16 (9)	81 (8)	30 (13)	45 (15)	0,069 (15)
Frankreich	19 (13)	80 (10)	44 (5)	47 (14)	0,051 (16)

Tabelle 4: Zugehörigkeiten

Die Zugehörigkeit zu Europa ist der Prozentsatz jener RespondentInnen, die auf die Frage „Welcher dieser geographischen Gruppen ... fühlen Sie sich vor allem zugehörig? (dem Stadtteil/Ort, in dem ich wohne; der Gegend, in der ich lebe; [Land]; Europa; der ganzen Welt)“ Europa an erster oder zweiter Stelle nannten. Die Zugehörigkeit nur zum eigenen Land ist der Prozentsatz jener, die Stadtteil/Ort, Gegend oder [Land], nicht aber Europa anführten. Angst vor der EU-Erweiterung ist der Prozentsatz der Befragten, die meinen, die Erweiterung der EU wäre zu weit gegangen. Geburt im Land wichtig ist der Prozentsatz der Personen, die es für wichtig erachten, im Land geboren zu sein, um wirklich österreichisch,... zu sein. Der Antipathie-Index ist eine Zahl zwischen 0 und 1, die aus dem Anteil jener berechnet wird, für die migrantische Gruppen als Nachbarn unerwünscht sind. Die Länder sind nach dem Antipathieindex gereiht, die Klammerausdrücke geben den jeweiligen Rang des Landes an.

Quelle: EVS 2008.

Die ÖsterreicherInnen wollen also eher keine neuen Mitglieder in der Europäischen Union, für sie ist die Geburt im Lande ziemlich wichtig, wie aber steht es mit dem Wunsch nach Nähe zu direkten Nachbarn, sozusagen gleich nebenan?

Ablehnung, Antipathie, Distanzierung und Vorurteile gegenüber politischen, gesellschaftlichen, sozialen, ethnischen oder religiösen Grup-

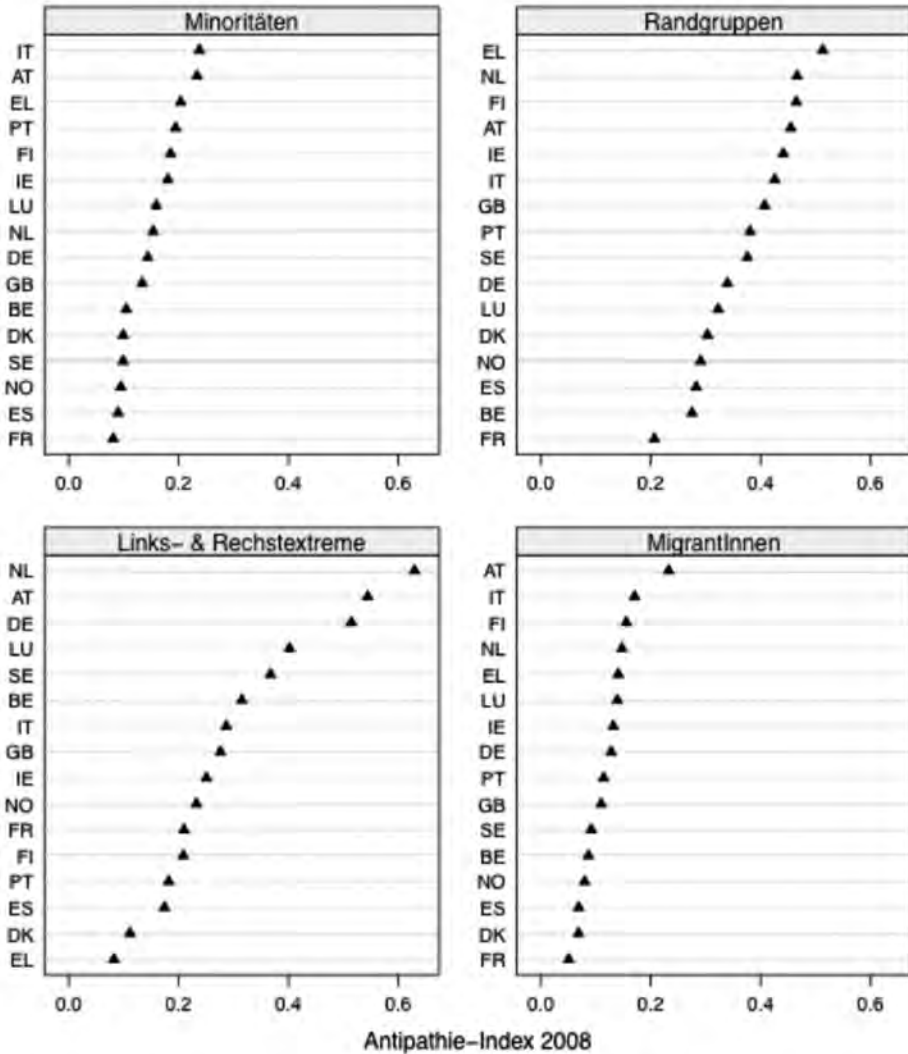
pen werden im EVS u.a. mit der Frage nach unerwünschten Nachbarn erhoben (Frage: „Auf dieser Liste steht eine Reihe ganz verschiedener Personengruppen. Könnten Sie einmal alle heraussuchen, die Sie nicht gerne als Nachbarn hätten?“). Im Folgenden haben wir die gelisteten Personengruppen in insgesamt vier Clusters zusammen gefasst und Antipathie-Indizes konstruiert. (1) Die Gruppe „MigrantInnen“ umfasst Menschen anderer Hautfarbe, Muslime und Zuwanderer/Gastarbeiter; (2) „Minoritäten“ umfassen MigrantInnen, Juden und Romani; (3) zu „Randgruppen“ zählen Leute, die oft betrunken sind, psychisch instabile Personen, AIDS-Kranke und Drogenabhängige; Gruppe (4) gehören Links- und Rechtsextremisten an.

Jeder Antipathie-Index wird berechnet aus der Zahl der Nennungen von als Nachbarn unerwünschten Personengruppen eines Clusters durch eine/einen RespondentIn. Der maximale Wert des Index ist 1, wenn alle Personengruppen im Cluster genannt wurden, er ist 0, wenn keine Personengruppe angeführt wurde. Der Antipathie-Index eines Landes errechnet sich als der Mittelwert des entsprechenden Antipathie-Index als RespondentInnen in dem Land.

Die vier Antipathie-Indizes 2008 zeigen für Westeuropa folgende Ergebnisse: Die am stärksten abgelehnte Gruppe sind die in diesem Beitrag als Randgruppen bezeichneten Menschen, gefolgt von „Links- und Rechtsextremen“; „Minoritäten“ werden stärker abgelehnt bzw. zu ihnen will man eher Distanz halten als gegenüber „MigrantInnen“. Wir ziehen aus diesen Resultaten die Schlussfolgerung, dass jene Gruppe, die in vielen Ländern eine starke politisierende Parteien- und Medienwahrnehmung erfährt, nämlich die MigrantInnen, keineswegs die unerwünschtesten Nachbarn sind, sondern die Unerwünschtheit ist bei anderen Gruppen ausgeprägter. Auffallend ist, dass in Frankreich die Unerwünschtheitswerte sowohl bezüglich MigrantInnen, Minoritäten als auch gesellschaftliche Randgruppen am niedrigsten sind. In Westeuropa ist Frankreich das – gemessen an der Frage „unerwünschte Nachbarn“ – am wenigsten vorurteilsgeladene Land (gefolgt von Dänemark, Spanien und Belgien).

Österreich nimmt bei der Gruppe „MigrantInnen“ den Spitzenplatz in der geäußerten Antipathie ein, gefolgt von Italien. Weiters liegt es bei der Antipathie gegenüber „Minoritäten“ an zweiter Stelle, diesmal hat Italien die Spitzenposition. Unterstrichen wird dieses Bild der deklarierten Antipathie dadurch, dass in Österreich im Vergleich mit den westeuropäischen Demokratien der höchste Unerwünschtheitswert bei allen drei MigrantInnen-Gruppen zu finden ist – gegenüber Zugewanderten/ausländischen ArbeiterInnen, Muslimen und Menschen anderer Hautfarbe. Hinsichtlich der Ablehnung der Muslime folgen mit großem Abstand Finnland und Deutschland, bezüglich Menschen

anderer Hautfarbe Italiens und bezüglich Zugewanderte/ausländische ArbeiterInnen ebenfalls Italien. Wie oben bereits erwähnt hat Frankreich bei allen diesen Distanzierungsthemas die niedrigsten Nennungen.



Grafik 1: Antipathie-Indizes.

Die Indizes berechnen sich aus den Anteilen jener RespondentInnen, für die Angehörige der entsprechenden Personengruppen als Nachbarn unerwünscht sind. Die Indizes liegen zwischen 0 und 1, größere Werte bedeuten höhere Antipathie. Angegeben sind länderspezifische Mittelwerte.

Quelle: EVS 2008.

Wie verändert sich das Ergebnis, wenn wir nicht nur eine Momentaufnahme (2008) sondern die Entwicklung über die drei Erhebungszeitpunkte betrachten? Darüber gibt uns Tabelle 8 Aufschluss, die die Werte der Antipathie-Indizes für die drei Erhebungszeitpunkte miteinander in Beziehung setzt. Dieses Instrument erlaubt folgende Beobachtungen: Erstens haben in WE kaum Veränderungen der Unerwünschtheit von bestimmten Nachbarsgruppen stattgefunden, die deklarierte Unerwünschtheit von migrantischen Gruppen ist konstant geblieben. Die Kurvenverläufe für 1990, 1999 und 2008 sind nahezu identisch, allerdings haben einige Länder die Plätze gewechselt. Letzteres gilt insbesondere für Österreich. Zweitens sind im Jahr 2008 in Österreich westeuropaweit die höchsten vorurteilsbeladenen Einstellungen gegenüber MigrantInnen zu beobachten. Die rasante Zunahme erfolgte im Zeitraum zwischen 1999 und 2008. Im Jahre 1999 lag Österreich noch im Mittelfeld der Antipathielandschaft, 2008 ist die Anti-Migrationshaltung besonders stark zum Ausdruck gekommen, demgegenüber war zwischen 1990 und 1999 sogar ein leichter Rückgang zu beobachten.

Land	1990	1999	2008	Differenz 1999 zu 1990	Differenz 2008 zu 1999
Österreich	0,142	0,119	0,232	-0,023	0,113
Italien	0,133	0,164	0,171	0,031	0,006
Finnland	0,131	0,145	0,155	0,014	0,010
Niederlande	0,101	0,074	0,148	-0,027	0,074
Griechenland		0,163	0,141		0,023
Luxemburg		0,106	0,139		0,033
Irland	0,081	0,130	0,132	0,049	0,002
Deutschland	0,159	0,087	0,128	-0,072	0,040
Portugal	0,155	0,056	0,114	-0,099	0,058
Großbritannien	0,118	0,128	0,110	0,010	-0,018
Schweden	0,108	0,049	0,092	-0,060	0,043
Belgien	0,213	0,165	0,087	-0,048	-0,078
Norwegen			0,080		
Spanien	0,089	0,102	0,069	0,013	-0,033
Dänemark	0,113	0,114	0,069	0,000	-0,045
Frankreich	0,132	0,124	0,051	-0,008	-0,074

Tabelle 5: Antipathie-Index für MigrantInnen.

Der Index wird aus dem Anteil jener berechnet, für die migrantische Gruppen als Nachbarn unerwünscht sind und ist eine Zahl zwischen 0 und 1. Größere Werte bedeuten höhere Antipathie.

Quelle: EVS 1990, 1999 und 2008

Fremdenfeindliche Einstellungen in weiten Teilen der österreichischen Bevölkerung sind bereits belegt. Friesl et al (2009 S. 258) resümieren die Einstellungen bezüglich Migration und MigrantInnen wie folgt: „Nachdem innerhalb von 15 Jahren ... das Einverständnis mit xenophoben Behauptungen um neun Prozent zugenommen hat und ... die Zurückweisung von ausländer/-innenfeindlichen Aussagen um vier Prozent gesunken ist, muss das aktuelle Klima in Österreich als fremdenfeindlich eingestuft werden“. Dieser Befund gewinnt an Dramatik, wenn er in ein westeuropäisches Umfeld gestellt wird, denn in dieser Kontextualisierung wird die fremdenfeindliche Haltung in Österreich besonders markant – unter den fortgeschrittenen westeuropäischen Demokratien nimmt Österreich die Spitzenposition der Ablehnungen ein (Tabelle 6).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach Erklärungen. In der Literatur werden soziologische Erklärungen (z.B. der Einfluss der formalen Bildung auf die Einstellungen zu Zuwanderung und Zugewanderten) sowie sozio-psychologische Ansätze genannt, die primär die Angst vor „anderen“ kulturellen Einflüssen, sozialen Abstieg und Arbeitslosigkeit betonen (Strabac/Listhaug 2008). Wir möchten abschließend darüber hinaus einen explizit politischen Erklärungsansatz für die kritisch-ablehnende Haltung hinzufügen, der sich aus der Dynamik des politischen Prozesses und Parteienwettbewerbs herleiten lässt – nämlich die Politisierung und die Stärke von Anti-Immigrationsparteien.

	Ausländische Staatsbürgerschaft	Zu viele Zugewanderte	Anti-Immigrationsparteien
Österreich	10	65	Freiheitliche Partei Österreichs (17,5%)
Frankreich	6	44	Front National (4,3%)
Deutschland	9	54	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (1,5%), Republikaner (0,1%), Deutsche Volksunion (0,1%)
Dänemark	5	31	Dänische Volkspartei (13,9%)
Schweden	6	40	Schwedendemokraten (5,7%)
Finnland	3	32	Wahre Finnen (4,1%)
Belgien	10	57	Vlaams Belang (12%), National Front (2%)
Griechenland	8	91	LAOS/Völkisch-Orthodoxe Sammlung (5,6%)

	Ausländische Staatsbürgerschaft	Zu viele Zugewanderte	Anti-Immigrationsparteien
Großbritannien	6	69	British National Party (1,9%)
Irland	13	60	Keine
Italien	6	62	Lega Nord (8,3%)
Luxemburg	42	42	Alternative Demokratische Volkspartei (8,1%)
Niederlande	4	41	Freiheitspartei (15,4%)
Norwegen	6	43	Fortschrittspartei (22,9%)
Portugal	4	49	Keine
Spanien	11	61	Keine

Tabelle 6: Anteil der Wohnbevölkerung mit ausländischer Staatsbürgerschaft, wahrgenommener Anteil an Zugewanderten und Stärke von Anti-Immigrationsparteien, Stand 2008.

Spalte 3 führt den Prozentsatz jener RespondentInnen an, die der Aussage „Heutzutage gibt es in [Land] zu viele Zuwanderer“ (voll und ganz) zustimmen.

Quellen: EVS 2008, eigene Recherchen.

Wie auch in anderen Studien nachgewiesen wird (Vgl. Semyonov et al. 2004), zeigt Tabelle 6, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Zustimmung zum Item „zu viele Zugewanderte“ und der Anzahl der Menschen mit „ausländischer Staatsbürgerschaft“ im jeweiligen Land gibt. Der Korrelationskoeffizient ist 0. Die reale Präsenz, die Realkonfliktthese also alleine kann die unterschiedlichen Positionen in den westeuropäischen Ländern nicht erklären. Aus diesem Nicht-Zusammenhang ist vielmehr der Schluss zu ziehen, dass die Politisierung durch Parteien und Medien ein wichtiger Erklärungsfaktor sein dürfte. Hohe Stimmenanteile für Anti-Immigrationsparteien gehen häufig mit der Meinung, es sind zu viele zugewandert, teilweise losgelöst von der Größe ausländischer Wohnbevölkerung einher. Einschränkend ist aber diesbezüglich zu bedenken bzw. zu beobachten, dass die Einstellungen der BürgerInnen zu Migration nicht alleine von Anti-Migrationsparteien geformt werden, wie beispielsweise die vergleichsweise hohen Stimmenanteile für die Dänische Volkspartei oder die norwegische Fortschrittspartei es nahe legen. Denn gerade in diesen Ländern ist parallel dazu eine niedrigere Antipathie gegenüber MigrantInnen in den EVS-Daten zu finden sind. Vielmehr dürfte die Politisierung durch Anti-Immigrationsparteien und Zentrumsparteien sowie deren Konstellation im Parteiensystem

für die Bildung der Einstellungen relevant sein. Der fehlende Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung „es sind zu viele Zugewanderte im Land“ und der faktischen Präsenz (gemessen an der Staatsbürgerschaft) bringt auf jeden Fall aber die Politik zurück auf die Bühne – mit Gerry Stoker gesprochen „Politics matters“!

5 Schlussfolgerungen und Herausforderungen

Um Österreichs Meinungen und Einstellungen westeuropäisch zu verorten, fassen wir im Folgenden Ergebnisse unter dem Blickwinkel „Welche Länder sind Österreich am Ähnlichsten?“ zusammen: Tabelle 7 führt jene zwei Länder an, die für die angesprochenen Themen die nächstliegenden Ausprägungen aufweisen. Bezogen auf diese Themen sind Österreichs „Einstellungsnachbarn“ Finnland, Italien und Griechenland. Vereinzelt besteht Nähe zu Deutschland, Dänemark, Spanien, Frankreich, Irland, Niederlande, Großbritannien. Keine Nähe hingegen gibt es zu Schweden, Belgien, Portugal und Norwegen.

Item	Nächstgelegene Länder
Zustimmung zu Demokratie	Italien, Griechenland
Zufriedenheit mit Demokratie	Finnland, Niederlande
Starker Führer (ohne Parlament und Wahl)	Spanien, Frankreich
Politisches Interesse	Deutschland, Dänemark
Elitenherausfordernde Partizipation	Irland, Niederlande
Vertrauen in Parlament und Regierung	Italien, Griechenland
Unerwünschtheit MigrantInnen	Italien, Finnland
Unerwünschtheit Muslime	Finnland, Deutschland
Unerwünschtheit Minoritäten	Italien, Griechenland
EU-Erweiterung	Finnland, Großbritannien

Tabelle 7: Österreichs Einstellungsnachbarn
Quelle: EVS 2008

Die Ergebnisse zeigen, dass die deklarierten Meinungen in Österreich zu nationaler Politik und Demokratie im westeuropäischen Konzert eher durchschnittlich gelagert sind. Herausragend ist jedoch das relativ hohe politische Interesse. Sie zeigen weiters, dass sich einige Besonderheiten neu heraus gebildet haben. Dazu gehört (1) vor dem Hintergrund einer traditionell hohen Konsenskultur und hoher Zustimmung zu etablierten Institutionen die rasch erodierende Unterstützung für bzw. das wachsende Misstrauen gegenüber Parteien, Parlament und Regierung und (2) die hohe Unerwünschtheit von MigrantInnen.

Bei allen behandelten Themen waren die Veränderungen in Österreich zwischen 1999 und 2008 besonders hoch, zwischen 1990 und 1999 ist eine wesentlich geringere Dynamik in den Orientierungen zu beobachten. Insbesondere fand zwischen 1999 und 2008 ein großer Anstieg des Misstrauens gegenüber Regierung und Parlament und eine große Zunahme der Unerwünschtheit von MigrantInnen und Minderheiten statt. Kurzum, das Meinungsklima hat sich erst in den 2000er Jahren drastisch geändert, nicht bereits schon in den 1990er Jahren.

Mit diesen veränderten, die demokratischen Institutionen und Prozesse weniger unterstützenden Meinungen und Einstellungen gehen einige Herausforderungen der österreichischen Politik einher. Die Einstellungen der BürgerInnen deuten zwar nicht auf eine Gefährdung demokratischer Prozesse und Institutionen hin, sie machen Österreich aber zunehmend schwieriger regierbar. Eine der großen politischen Herausforderungen Österreichs im europäischen Kontext resultiert aus der nationalstaatlichen und ethnischen Selbst-Bezogenheit. Diese betrifft sowohl die Einstellungen der Bevölkerung als auch die Diskurse der politischen EntscheidungsträgerInnen. Einerseits scheint eine offensive, liberale, Grenzen überschreitende Politik rasch an Einstellungsgrenzen zu stoßen, gleichzeitig liegt eine hohe Korrespondenz zwischen Bürgerinnen und Politik insbesondere in den Feldern der EU-Erweiterung und Migration vor. Diese Übereinstimmung kann die realpolitische Erklärung für die Verengung der national-ethnischen Einstellungen im Gegensatz zu liberalen, offenen Haltungen sein. In diesem Zusammenhang kommt Russel J. Dalton's These zum Tragen, wonach Meinungen und Einstellungen im politischen Prozess relevant werden können, weil sie sich in Haltungen der politischen Parteien und der Regierung niederschlagen.

Literaturverzeichnis

Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008.

Dalton, Russel J.: Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies, Oxford 2004.

Denters, Bas/Gabriel, Oscar/Torcal, Mario: Political Confidence in representative Democracies, in: van Deth, Jan/Montero, José Ramón/Westholm, Anders (Hg.): Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis, London 2007, 66-87.

Denz, Hermann: Staat und Zivilgesellschaft: Widersprüche, Verwerfungen, Bruchlinien, in: Denz, Hermann/Friesl, Christian/Polak, Regina/Zuba, Reinhard/Zuhlechner, Paul M. (Hg.): Die Konfliktgesellschaft. Wertewandel in Österreich 1990-2000, Wien 2001, 169-243.

Denz, Hermann: Krise der Demokratie – Rückkehr der Führer?, in: Denz, Hermann (Hg.): Die europäische Seele. Leben und Glauben in Europa, Wien 2002, 95-118.

Dolezal, Martin/Helbling, Marc/Hutter, Swen 2008. 'Zwischen Gipfelkreuz und Halbmond. die Auseinandersetzung um den Islam in Österreich und der Schweiz, 1998-2007' Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (4): 401-418.

EVS 1990: European Values Study 1990, integrated dataset, GESIS Data Archive, Köln, ZA4460 data file version 2 (2007), URL: <http://zacadat.gesis.org>.

EVS 1999/2000: European Values Study 1999/2000, integrated dataset. GESIS Data Archive, Köln, ZA3811 data file version 2 (2006-05-02), URL: <http://zacadat.gesis.org>.

EVS 2008: European Values Study 2008, integrated dataset. GESIS Data Archive, Köln, ZA4800 data file version 2.0.0 (2010-11-30), URL: <http://zacadat.gesis.org>.

Friesl, Christian/Polak, Regina/Hamachers-Zuba, Ursula: Die ÖsterreicherInnen. Wertewandel 1990-2008, Wien 2009.

Hay, Colin: Why we hate politics. Polity Press: Cambridge 2007.

Klingemann, Hans-Dieter: Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis. In: Norris, Pippa (ed.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance. Oxford: Oxford University Press 1999, 31-56.

Krzyżanowski, Michał/Wodak, Ruth: The Politics of Exclusion: Debating Migration in Austria. New Brunswick, NJ 2008.

Leite Viegas, José Manuel: Political and social tolerance, in: van Deth, Jan/Montero, José Ramón/Westholm, Anders (Hg.): Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis, London 2007, 109-132.

Marien, Sofie/ Hooghe, Marc: Does political trust matter? An empirical investigation into the relation between political trust and support for law compliance. In: European Journal of Political Research 50, 2011, 267-291.

Mouffe, Chantal: Deconstruction and Pragmatism: Simon Critchley, Jacques Derrida, Ernesto Laclau, and Richard Rorty. London 1996.

Plasser, Fritz/Seeber, Gilg: The europeanization of Austrian political culture: Austrian exceptionalism revisited, in: Pelinka, Anton/Bischof, Günter/Plasser, Fritz: Global Austria, New Orleans/Innsbruck 2011, im Erscheinen.

Plasser, Fritz/Seeber, Gilg/Ullrich, Peter A.: Breaking the mold: Politische Wettbewerbsräume und Wahlverhalten Ende der neunziger Jahre, in: Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A./Sommer, Franz (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten, Wien 2000, 55-115.

Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A.: Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur? Wien 2002.

Semyonov, Moshe/ Rajzman, Rebeca/ Yom Tov, Anat/ Schmidt, Peter: Population size, perceived threat, and exclusion: a multiple-indicators analysis of attitudes toward foreigners in Germany. Social Science Research, 33/2004, 681-701.

Österreichischer Integrationsfonds: Migration & Integration. Zahlen, Daten, Fakten 2009. Wien 2009.

Stoker, Gerry: Why Politics Matters. Making Democracy Work, Basingstoke 2006.

Strabac, Zan / Listhaug, Ola: Anti-Muslim prejudice in Europe: A multilevel analysis of survey data from 30 countries. In: Social Science Research 37/2008, 268-286.

Ullrich, Peter A.: Integration in Österreich. Einstellungen, Orientierungen, und Erfahrungen von MigrantInnen und Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung. Wien

Martin Gressl

Reflexion Workshop Walter Ötsch: Das Soziale Panorama – Modell für Demagogische Bilder

Wie funktioniert dieses Modell:

Dieses Modell widmet sich ganz speziell den zwischenmenschlichen Beziehungen. Durch die Visualisierung von Beziehungsstrukturen ist es möglich, Konflikte und deren Ursachen zu erkennen und zu verbessern.

Das Soziale Panorama-Modell wurde von Lucas Derks (Familien-therapeut und NLP-Lehrtrainer/Holland) entwickelt. Besonders erfolgreich werden damit zum Beispiel Probleme in Partnerschaften, Familien oder unter KollegInnen gelöst. Selbst seit Jahrzehnten bestehende Konflikte können auf beeindruckend einfache Art und Weise gelöst werden.

Das Modell zeichnet aus, dass die Lösungen vom Klienten bzw. der Klientin selbst hervorgebracht werden. Es vertraut auf die jedem Menschen innewohnende Weisheit, selbst die Lösung für seine Probleme zu kennen. Das ist wohl auch der Grund dafür, dass die Ergebnisse dieser Arbeit so erfolgreich von den KlientInnen in das eigene Leben integriert werden und so zu einer neuen Realität werden. Der Therapeut bzw. die Therapeutin hat die Aufgabe diesen Erkenntnisweg zu führen und zu unterstützen.

Ein weiteres Plus dieser Arbeit ist es, dass für diese Lösungen keine weiteren Personen notwendig sind, außer einem selbst. Damit läuft eine solche Sitzung sehr diskret ab. Die KlientInnen hat die Möglichkeit sich frei zu entfalten.

Im Workshop verwendete Herr Ötsch den Ansatz von Lucas Derks zur Diskussion von Populismus. Ausgangspunkt sind bekannte Ergebnisse aus Diskursanalysen.

Populistische Sprache zeichnet sich bekanntermaßen durch drastische Vereinfachungen aus. Populisten sprechen Ängste an und warnen vor drohenden Gefahren. Das Zielpublikum soll zusammengeschweißt und auf einen gemeinsamen Feind eingeschworen werden. Ein zentraler Topos ist z.B. der Kampf gegen das politische Establishment. Populisten entwerfen in der Regel das Bild einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft, die vom Grundkonflikt derer „oben“ (Staat, Parteien, politische Klasse,...) und derer „unten“ (Volk, Gesellschaft, Staatsbürger, Bewegung,...) beherrscht sei. Der Diskurs lebt von Kontrast-Bildern. Die „kleinen Leute“ werden „dem System“ gegenüber gestellt, das „Volk“ der „herrschenden Klasse“, weiter: „die Nation“ dem „Ausland“, die „leistungsorientierten BürgerInnen“ den „SozialschmarotzerInnen“, die „guten InländerInnen“ den „bösen AusländerInnen“, die „erfolgreichen Betriebe“ der „leistungsfeindlichen Bürokratie“, usw.

All diese Beispiele besitzen ein gemeinsames Moment. Einer homogenen Gruppe der „Wir“ (Kleine Leute, Volk, Nation, Inland,...) wird eine homogene Gruppe der „Anderen“ (System, herrschende Klasse, Ausland, SozialschmarotzerInnen,...) gegenübergestellt und ein Feind-Angst-Bedrohungs-Szenario entworfen.

Mit anderen Worten: alle sozialen Panorama Bilder, die jedem einzelnen der angedeuteten Szenarien entsprechen, weisen ein gemeinsames Merkmal auf: eine In-Gruppe (die Wir) in Kontrast zu einer – entfernt stehenden – Out-Gruppe (die Anderen). Ein solches Schema wollen wir demagogisches Panorama nennen: Die Behauptung ist, dass Populisten tatsächlich eine solche >innere< Vorlage besitzen und dass ihre AnhängerInnen dieses Schema ebenfalls beachten, bzw. im Laufe ihrer Begeisterung für die „Bewegung“ entwickeln und festigen.

Ein demagogisches Panorama unserer Definition muss von anderen Panoramen, die sich auf In- und Out-Gruppen beziehen, sorgsam unterschieden werden. Einteilungen nach „Wir“ und „Anderen“ muss jede Person notwendigerweise treffen. Sie hat mit der sozialen Seite der Identität zu tun (Identität wird im sozialen Panorama-Modell von Derks vor allem durch ein Selbstbild – man sieht sich im sozialen Panorama selbst – auch im Vergleich zu den Bildern von anderen Menschen repräsentiert). „Wir“ verglichen mit „Anderen“ ist eine alltägliche Konstruktion: wir Männer und die Frauen, wir Alten und die Jungen, wir von unserer Universität und die von jener Universität,

Das Demagogische ist nicht die Einteilung als solche, sondern die prinzipielle Schärfe, mit der eine Grenze zwischen den „Wir“ und den „Anderen“ gezogen wird. In einem demagogischen Panorama unterscheiden sich die beiden Gruppen fast wie die Spezies zweier Arten. Im extremen Fall werden den „Anderen“ sogar genuin menschliche Eigenschaften abgesprochen. Derks nennt den Vorgang, >innerlich< ein >äußeres< Etwas zu einer Person zu machen, Personifikation, das Gegenteil Depersonifikation. Beide Prozesse sind nicht an physikalische oder biologische Kriterien gebunden. Tatsächlich können Menschen fast alles personifizieren. Ein Animist personifiziert die Natur, ein Fetischist Dinge und ein Autist ist vermutlich nicht in der Lage, andere Menschen hinreichend zu personifizieren.

Demagogische >innere< Bilder weisen die Tendenz zu einer Überpersonifikation der „Wir“ und einer Depersonifikation der „Anderen“ auf. Die „Wir“ werden überhöht, sie sind „gut“. Die „Anderen“ hingegen sind nur „böse“, verachtenswerte Menschen, denen jedes Verbrechen zuzutrauen ist. Die kleine Schar der „Wir“ ist von „Denen da oben“ bedroht, Angst-Wolken durchziehen die >innere< Welt. (Andere Teilbereiche der „Anderen“ sind „die da draußen“ im Ausland und „die da unten“: verächtliche Personen, wie „Sozialschmarotzer“ oder „Chaoten“). Im >inneren< Bild wird vermutlich eine helle Schar von „Wir“ einer entfernteren Schar von „Denen“, eingetaucht in düstere Farben, gegenübergestellt.

Ist eine solche >innere< Vorlage verfestigt, wird sie wahrnehmungsrelevant. Alles, was die „Anderen“ tun, ist suspekt und wird mit Skandal und Verbrechen in Zusammenhang gebracht. Was sie tun, ist – in den Worten von Haider – auf „totalen Krieg“, „Bürgerkrieg“ und „Vernichtung“ ausgerichtet. Im extremsten Fall werden die anderen depersonifiziert, – und folgerichtig als Tiere bezeichnet („Es geht um die Schweine, die wir in diesem Saustall ausmisten wollen“).

Neben „den Wir“ und „den Anderen“ ist im demagogischen Panorama noch eine Figur zu finden, die für den Erfolg einer demagogischen „Bewegung“ von entscheidender Bedeutung ist. Es handelt sich um den „Führer“ der „Bewegung“ (oder einer Gruppe von Personen, die ihr voranstellen). Diese Person ist zwar einer „der Wir“, muss jedoch im Panorama-Bild außerhalb der Gruppe aller anderen „Wir“ positioniert werden. Der bevorzugte Platz dazu ist eine höhere Position, oberhalb der Gruppe der Wir und der Anderen.

Folgen des demagogischen Panoramas

Ein demagogisches Panorama besitzt damit drei zentrale Lokalisationen: ein naher Ort, an dem „die Wir“ platziert werden, ein ferner

Ort für „die Anderen“ und ein erhöhter Ort für das Image-Bild des „Führers“ (In „Haider Light“ hat Walter Ötsch diese Figur ironisch Super-Wir genannt). Alle Orte sind mit zum Teil intensiven Gefühlen verbunden: Gefühle von Liebe zu den „Wir“, von Bewunderung (gemischt mit Angst) zum „Super-Wir“ und von Abscheu und Hass zu „den Anderen“.

Marika Gruber/Josefine Scherling

Migration und Vielfalt im Schulalltag

Eine Workshop-Dokumentation zu erlebten Herausforderungen und Schlussfolgerungen für die Schulpraxis

1 Einleitung

Im Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung ICERD (International Convention on the Elimination of all Forms of Racial Discrimination) findet sich der direkte Auftrag an die Regierungen, für eine den Menschenrechten entsprechende Bildung – die u.a. nicht diskriminierend sein soll – Sorge zu tragen. Im Artikel 7 dieses Übereinkommens heißt es u.a.: „Die Vertragsstaaten verpflichten sich, unmittelbare und wirksame Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiet des Unterrichts, der Erziehung, Kultur und Information, zu treffen, um Vorurteile zu bekämpfen, die zu Rassendiskriminierung führen [...]“. Bildung wird von der internationalen Gemeinschaft als wertvolles Instrument gegen Rassismus und populistische Mobilisierungen u.a. gegen MigrantInnen gesehen; Ziel von Bildungsmaßnahmen sollte ein vorurteilsensibler Umgang miteinander sein. Die Bedeutung von Bildung im schulischen Kontext für die Überwindung von Rassismen und Populismus gegenüber MigrantInnen war darum auch Thema eines Workshops im Rahmen der Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2013.

Ziel des Workshops „Migration und Vielfalt im Schulalltag“, war es zunächst die häufig undifferenziert verwendeten Begrifflichkeiten in Zusammenhang mit Migration, Asyl und Integration zu definieren und einen zahlenmäßigen Überblick zu Migration in Österreich und im Speziellen in Kärnten zu geben. Außerdem zielte der Workshop darauf ab, Herausforderungen für den Schulalltag abzuleiten und mit den TeilnehmerInnen zu diskutieren. Anhand von ersten Praxisbeispielen

sollte gezeigt werden, wie ein positiver Umgang mit Vielfalt in der Schulpraxis gelebt werden kann. Im Konkreten wurden mit dem Workshop folgende Ziele verfolgt:

- Wissen über verschiedene migrationsrelevante Begrifflichkeiten sowie die in Kärnten lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ausbauen,
- Sensibilisierung zu migrations- und integrationsrelevanten Fragen im Unterricht,
- Benennung von Herausforderungen im Zusammenhang mit „Migration und Vielfalt im Schulalltag“,
- Aufbauen von Handlungskompetenz: Wissen um Praxisprojekte und Lösungsmöglichkeiten stärken,
- Überblick geben über Ansprechstellen und weiterführende Informationen und
- Bereitstellen von Beispielen und Materialien für die eigene Schulpraxis und Arbeit.

Zu Beginn des Workshops wurden die TeilnehmerInnen eingeladen, sich der Gruppe unter Nennung ihres beruflichen Hintergrunds und dem eigenen Bezug zum Workshop-Thema kurz vorzustellen. Die Vorstellungsrunde zeigte die vielfältige Zusammensetzung der Gruppe (auf die Zusammensetzung der Gruppe wird unter Kapitel 3 eingegangen). Diese ermöglichte es wiederum, unterschiedliche Erfahrungen und Sichtweisen (selbst gemachte Erfahrungen oder Erfahrungen vom Hörensagen) in die Diskussion einfließen zu lassen. Im Anschluss daran erfolgte ein statistisch-theoretischer Überblick zur Migration in Kärnten. Dabei wurden auch die oftmals im öffentlichen Diskurs undifferenziert verwendeten Begrifflichkeiten wie „Menschen mit Migrationshintergrund“, „Personen ausländischer Herkunft“, „im Ausland Geborene“, „AusländerIn“, „AsylwerberIn“ und „SchülerIn mit nicht-deutscher Umgangssprache“ unter dem Stichwort „MigrantIn ≠ MigrantIn“ erläutert. Der Schwerpunkt des Workshops bildete die Identifizierung und Diskussion von Herausforderungen im Schulalltag. Im Rahmen von Kleingruppen bzw. sogenannten „Murmelgruppen“ waren die TeilnehmerInnen eingeladen, Herausforderungen, die mit „Migration und Vielfalt im Schulalltag“ verbunden sind oder daraus entstehen können, zu benennen (mehr dazu unter Kapitel 3). Die Ergebnisse aus den Kleingruppen wurden im Anschluss im Plenum vorgestellt und im

Rahmen eines „Rundgesprächs“ diskutiert. Um mögliche Handlungsansätze für den Umgang mit den benannten Herausforderungen zu zeigen und den Workshop-TeilnehmerInnen ein „Handwerkszeug“ aus dem Workshop mit auf den Weg zu geben, wurden als nächster Schritt österreichische Good-Practice-Beispiele aus dem und für den Kindergarten- und Schulalltag vorgestellt. Weiterführende Informationen und Materialien für die TeilnehmerInnen sowie sensibilisierende Fragen und Denkanregungen für die Gestaltung eines interkulturellen Schulalltags rundeten mit einer abschließenden Zusammenfassung der erarbeiteten Ergebnisse den Workshop ab.

2 MigrantIn ≠ MigrantIn – Ein statistischer Blick auf die Zuwanderinnen und Zuwanderer in Kärnten

Im Alltagsdiskurs werden migrationsrelevante Begrifflichkeiten häufig undifferenziert verwendet und mit Zahlen verbunden, was Anlass für Missverständnisse sein kann. Nicht zuletzt scheint eine genaue Begriffsabgrenzung und das Wissen um die korrekte Verwendung von Begriffen im Kontext von Migration, wie Elfie Fleck (2011, S. 292) ausführt, deshalb als notwendig, „weil gewisse politische Strömungen bewusst mit einer unscharfen Begrifflichkeit operieren und längst eingebürgerte MigrantInnen mit Absicht als ‚AusländerInnen‘ bezeichnen (...)“.

Zuwanderung

In Kärnten sind im Jahr 2011 rund 5.100 Personen aus dem Ausland zugewandert. Davon waren ca. 4.300 Personen ausländische Staatsangehörige. Rund 3.400 Menschen verließen im selben Zeitraum wieder Kärnten. Ca. 2.300 Personen von ihnen waren ausländische Staatsangehörige (Österreichischer Integrationsfonds 2012, S. 17).

AusländerInnen

In Kärnten lebten zu Beginn des Jahres 2012 555.473 EinwohnerInnen. Der Anteil an Menschen mit ausländischem Pass bzw. nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit (= AusländerInnenanteil) betrug 7,6 % (= 42.370 Personen). Der Anteil der Drittstaatsangehörigen (50,2 %) und EU-, EWR-, Schweizer StaatsbürgerInnen (49,8 %) ist nahezu gleich hoch (Statistik Austria 2013a). Die häufigsten Staatsangehörigkeiten am 1.1.2013 in Kärnten waren Deutschland (10.256 Personen), Bosnien und Herzegowina (7.395 Personen) sowie Kroatien (4.630 Personen). Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Kärntens ist dennoch sehr gering (Deutschland: ca. 1,8 %; Bosnien-Herzegowina: ca. 1,3 %; Kroatien: ca. 0,8 %) (Statistik Austria 2013b).

Im Ausland Geborene

Der Anteil an Personen mit ausländischem Geburtsort (= im Ausland Geborene) ist mit 9,9 % im Vergleich zum AusländerInnenanteil nur geringfügig höher (Statistik Austria 2012a, S. 54).

Personen ausländischer Herkunft

Neben dem AusländerInnenanteil und der Personen mit ausländischem Geburtsort ist die Bevölkerung mit ausländischer Herkunft zu unterscheiden. Unter der Bevölkerung mit ausländischer Herkunft sind im Ausland geborene österreichische Staatsangehörige, im Ausland geborene ausländische Staatsangehörige (diese machen den größten Anteil aus) und in Österreich geborene ausländische Staatsangehörige umfasst (Statistik Austria 2012a, S. 33). Der Anteil für Kärnten betrug zum 1.1.2013 11 % (den niedrigsten Anteil hat Burgenland mit 10 %, der höchste Anteil fällt auf Wien mit 35 %) (Statistik Austria/Bundesministerium für Inneres 2013, S. 79).

Personen mit Migrationshintergrund

Unter Personen mit Migrationshintergrund sind laut Definition der United Nations Economic Commission for Europe – UNECE (2006, S. 90) Menschen zu verstehen, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden, wobei Angehörige der ersten Generation selbst im Ausland geboren wurden und Personen der zweiten Generation in Österreich zur Welt gekommen sind. In Kärnten lebten im Jahresdurchschnitt 2012 rund 55.400 Personen mit Migrationshintergrund. Davon gehören ca. 44.700 Personen (80,6 %) der ersten Generation und 10.800 Personen (19,4 %) der zweiten Generation an (Statistik Austria 2013c). Der Begriff „Personen mit Migrationshintergrund“ erfasst Migrantinnen und Migranten quantitativ am ehesten.

AsylwerberInnen

Unter AsylwerberInnen sind Personen zu verstehen, die in einem fremden Land um Asyl, d. h. um Schutz vor Verfolgung, ansuchen. Sie befinden sich noch in einem laufenden Asylverfahren. Wird ihr Antrag auf Asyl positiv entschieden, werden sie zu Asylberechtigten bzw. anerkannten Flüchtlingen. Im August 2013 befanden sich in Kärnten 1.170 AsylwerberInnen aus 47 Nationen in Grundversorgung (Fercher 2013).

SchülerInnen ohne deutsche Umgangssprache

Umgangssprache bezeichnet jene Sprache, die im Alltag und im privaten Umfeld hauptsächlich verwendet wird. Der Anteil an SchülerInnen mit nicht-deutscher Umgangssprache in Kärnten ist auf die einzelnen Schultypen sehr unterschiedlich verteilt und schwankt zwi-

schen 2,5 % in Allgemeinbildenden Höheren Schulen bis 15,4 % in Neuen Mittelschulen (Statistik Austria 2012b). Bei dem auf den ersten Blick relativ gering erscheinenden Anteil an SchülerInnen mit nicht-deutscher Umgangssprache darf nicht übersehen werden, dass einzelne Schulen – insbesondere in Kärntner Städten mit höherem Anteil an Personen mit Migrationshintergrund – auch vergleichsweise hohe Anteile an SchülerInnen mit nicht-deutscher Umgangssprache aufweisen (z. B. betrug ihr Anteil im Schuljahr 2011/12 in einer Villacher Schule über 60 %; Magistrat Villach o. J.).

3 Herausforderungen im Schulalltag – Ergebnisse aus der Kleingruppenarbeit

Am Workshop 3 „Migration und Vielfalt im Schulalltag“ nahmen 14 Personen aus unterschiedlichen beruflichen Kontexten und Erfahrungshintergründen teil. Die Gruppe setzte sich aus LehrerInnen verschiedener Schularten (Neue Mittelschule, Allgemeinbildende Höhere Schule), Vertreter/innen der Landesverwaltung (Kärntner Landesregierung), des Berufsförderungsinstituts (BFI), von NGOs (Aidshilfe) und Studierenden der Fachhochschule Kärnten – Studiengang Soziale Arbeit, Pädagogischen Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule sowie der Alpen-Adria Universität Klagenfurt zusammen.

Ausgangspunkt für eine vertiefende Diskussion bildeten die nachfolgenden Fragen, die in Kleingruppen bearbeitet wurden:

- Welche Herausforderungen in Bezug auf Migration und Vielfalt begegnen mir im Schulalltag?
- Wie äußern sich diese?
- Mit welchen Herausforderungen sind die SchülerInnen (mit Migrationshintergrund) konfrontiert?

Die vier Kleingruppen identifizierten dabei folgende für die TeilnehmerInnen zentrale Herausforderungen¹, die wie folgt zusammengefasst werden können:

¹ Unterwurzacher/Weiss führten im Jahr 2007 die Studie „Schüler/innen mit Migrationshintergrund an Österreichs Schulen – Probleme aus der Sicht der Lehrkräfte“ durch und befragten dazu 1.400 Lehrkräfte aller Schultypen. Die dabei von ihnen erhobenen Problemwahrnehmungen von LehrerInnen in interkulturellen Klassen können im angeführten Forschungsbericht bzw. in Unterwurzacher/Weiss (2008, S. 240ff) nachgelesen werden.

- *Sprache und Spracherwerb*

Ein für die TeilnehmerInnen wichtiger Aspekt stellt die Sprache² als Verständigungs- und Kommunikationsinstrument dar. Sprache wird dabei als ein Medium für Ein- und Ausgrenzung wahrgenommen: Einerseits wird Sprache als Instrument gesehen, um Freundschaften zu schließen, andererseits als Mittel zur Abgrenzung und zum „Untersichsein“ bspw. am Schulhof. Als Beispiele nennen die TeilnehmerInnen SchülerInnen mit demselben kulturellen Hintergrund oder derselben geographischen Herkunft, die innerhalb des Klassenverbandes als eine Gruppe wahrgenommen werden. Mit dem wechselseitigen sprachlichen Verstehen verbunden wurden auch „Verständnisprobleme auf beiden Seiten“.

Ein weiteres Thema der Gruppendiskussion stellte die Frage des Spracherwerbs dar: Ab welchem Alter soll ein verpflichtender Deutsch als Zweitsprachenunterricht (DaZ) angeboten werden? Kommunikationsprobleme führen häufig zu Überforderung und Frustration für alle Beteiligten.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Bedeutung der Sprache für die Leistungsbeurteilung thematisiert (Das Lösen von mathematischen Textaufgaben erfordert bspw. ein gutes Textverständnis mit einem umfassenden Wortschatz).

- *Kulturelle Unterschiede*

Innerhalb der Kleingruppen wurden z. T. religiöse Vorschriften als Herausforderung für den Schulalltag identifiziert. Diese werden häufig als hinderlich z. B. für die Teilnahme an Ausflügen oder bei der Teilnahme am Sportunterricht (insbesondere Schwimmen) erlebt.

Diskutiert wurde auch der Umgang bzw. Einbezug von kulturellen Unterschieden. Als ein Mittel, um die „anderen“ Kulturen kennenzulernen, wird bspw. versucht, Feste und Bräuche in den Schulalltag zu integrieren. Dazu wurden auch konkrete Erfahrungen aus dem Schulbereich in die Diskussion eingebracht.

- *Wissen über und voneinander*

Von den TeilnehmerInnen wurde es als wichtig erachtet, mehr Wissen über und voneinander (aller Beteiligten des Klassenverbandes

²⁾ Darunter wurde von den WorkshopteilnehmerInnen ausschließlich die deutsche Sprache verstanden.

bzw. der Schule) zu haben, um wechselseitige Vorurteile als solche erkennen und abbauen zu können. Dies würde zu einem angstfreien Begegnen beitragen.

In der Kleingruppendiskussion wurde auch das Thema der Ab- und Ausgrenzung durch Gruppenbildungen aufgeworfen. Angesprochen wurden dabei insbesondere zwei Aspekte:

1. Die eigene Gruppenbildung durch die SchülerInnen mit Migrationshintergrund (diese wird als Abgrenzung wahrgenommen; sie wollen unter sich sein);
2. die Stigmatisierung und Homogenisierung zu einer Gruppe von außen aufgrund der Zuschreibung bestimmter Merkmale.

- *Wissen über Schulsysteme*

Von einer Kleingruppe wurde die Relevanz von Information über die Verschiedenartigkeit von Schulsystemen in den unterschiedlichen Ländern angesprochen. Als Beispiel dafür wurde das finnische Schulsystem genannt, in dem bspw. im Unterschied zum österreichischen Schulsystem, eine sechsjährige Grundschulausbildung vorgesehen ist. In Finnland sei etwa die persönliche Betreuung der Eltern durch die LehrerInnen (Besuch der Eltern durch die Lehrkräfte) üblich, die in diesem Zusammenhang als positiv hervorgehoben wurde. Im Gegensatz zu Österreich, dienen Elternsprechtage zum Kennenlernen der Eltern untereinander. Als negativ im finnischen Schulsystem herausgestellt wurde bspw. das Fehlen von Elternvereinen, die in Zusammenarbeit mit der Schule, die Interessen der SchülerInnen und Eltern vertreten. Vieles wird im finnischen Schulsystem vom Staat geregelt (z. B. Bereitstellung von Schul-sachen), was einerseits Eltern und SchülerInnen entlastet, was andererseits aber auch die Freiheit der Eltern und SchülerInnen einschränkt, wie eine Teilnehmerin erzählt. Mit dem Angebot einer umfassenden Lernbetreuung sind Lernarbeiten zu Hause im Unterschied zum österreichischen Schulsystem nicht mehr vorgesehen.

- *Frage der Leistung*

Von den TeilnehmerInnen wird eine frühe Leistungsdifferenzierung als problematisch für die weitere Bildungsentwicklung gesehen. Kritisch betrachtet wurde auch die Form der Leistungsbeurteilung, die oftmals eher die Kenntnisse der deutschen Sprache beurteilt, als die Leistung im jeweiligen Unterrichtsfach (siehe Beispiel zum Mathematikunterricht).

- *Elternarbeit*

Als eine Herausforderung wurde die Verständigung mit den Eltern genannt. Diese betrifft zum einen die sprachliche Verständigung bspw. beim Elternsprechtag (die SchülerInnen übernehmen dabei häufig die Rolle des Dolmetschers bzw. der Dolmetscherin) und zum anderen das Erklären von schulischen Belangen (z. B. Warum ist die Teilnahme an Schulveranstaltungen wichtig? Was ist Gegenstand von Elternsprechtagen?).

Ausgehend von den Ergebnissen aus den Kleingruppen werden nachfolgend einige als besonders wichtig erscheinende Punkte zusammengefasst. Die daraus von den Workshop-Leiterinnen abgeleiteten Schlussfolgerungen werden bewusst als Fragen bzw. Arbeitshypothesen aufgeworfen, die einer noch vertiefenden Betrachtung und Diskussion, was in einem zweistündigen Workshop nicht mehr thematisiert werden konnte, bedürfen.

- *Werden (kulturelle) Unterschiede als Probleme wahrgenommen?*

Das Abweichen vom „Üblichen“ bzw. Bekannten scheint als Herausforderung bzw. Problem für den Schulalltag wahrgenommen zu werden. Wodurch wird die eher oftmals negativ geführte Diskussion um Vielfalt und Pluralität im Schulalltag hervorgerufen? Inwiefern kann es gelingen, Vielfalt als Bereicherung zu verstehen und den positiven Umgang damit in die Schulpraxis zu implementieren?

- *Werden SchülerInnen mit Migrationshintergrund vor allem auf ihre geographische Herkunft reduziert?*

Inwiefern ist Mehrsprachigkeit in der Klasse Chance und Potential? Wie könnte Mehrsprachigkeit positiv in den Schulalltag integriert werden? Welche neuen Lernformen sind dafür unter Umständen notwendig? Soll die Mehrsprachigkeit von Lehrpersonen gefördert werden? Welche Chancen ergeben sich durch einen vermehrten Einsatz von LehrerInnen mit Migrationshintergrund im schulischen Bereich?

- *Welche Bedeutung hat die Muttersprache für den Zweitspracherwerb (Erwerb der deutschen Sprache)?*

Hierzu liegen bereits wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse und Studien vor (siehe dazu z. B. Rudolf de Cillia 2013), die die Bedeutung der Erstsprache für den Erwerb von Deutsch als Zweitsprache thematisieren. „Die zentrale Rolle der Muttersprache oder Erst-

sprache für die sprachliche Entwicklung eines Kindes und für den Schulerfolg ist spätestens seit den 1960er Jahren pädagogisches Allgemeingut“ (de Cillia 2013, S. 3). Rudolf de Cillia (2013, S. 5) argumentiert, inwiefern sich die Förderung der Erstsprache von bilingualen Kindern positiv auswirkt: „(...) Sie stärkt das Selbstbewusstsein der Angehörigen der Minderheit, führt zu einer positiven Einstellung zur eigenen Sprache; und auch bei schulrelevanten affektiven Variablen wie Motivation, Ermöglichung des Kontakts zwischen Schule und Elternhaus etc. ergeben sich positive Effekte.“

Inwiefern ist auch ein positiver und fördernder Umgang mit der Erstsprache durch die Institution Schule notwendig und möglich? Nach Wroblewski/Herzog-Punzenberger (2010, S. 114) behindern „Angst und mangelndes Selbstbewusstsein (...) den Spracherwerb, ebenso wie der gesellschaftliche Status einer Sprache“. Wie wirken sich außerdem Status und Ankerkennung von mitgebrachten Erstsprachen auf die Mitteilungsfähigkeit von Kindern bzw. SchülerInnen aus? Inwiefern hindert/fördert ihre Erstsprache das Verstanden werden? „Inwiefern sich die Kinder in den weiteren sozialen Umgebungen, in die sie eintreten, Gehör verschaffen können, hängt jedoch nicht nur davon ab, wie weit ihr Sprachverständnis gediehen ist, wie differenziert ihre Äußerungen sind und wie weit ihr Wortschatz ausgefächert ist. Welchen Zugang die Kinder zu den gesellschaftlichen Kontexten erhalten, hängt nicht nur von ihrer allgemeinen Sprachkompetenz (...) ab, sondern ganz entschieden davon ob die Sprache, in der sie diese Kompetenz besitzen, anerkannt wird (Dirim/Mecheril 2011, S. 260). Inwiefern werden derartige sprachliche „Prestigehierarchien“ (Dirim/Mecheril 2011, S. 260) von der Institution Schule gefördert?

- *Inwiefern produzieren und verstärken LehrerInnen selbst Unterschiede aufgrund ihrer (meist) Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft? Inwiefern tragen LehrerInnen selbst zu einer Normalisierung von Rassismen bei?*

Findet eine entsprechende Sensibilisierung zu den Themen Rassismus und Populismus in der LehrerInnenaus- und -weiterbildung statt? Inwiefern können die Dominanz der deutschen Sprache im Schulalltag und die noch mangelhafte Umsetzung des Unterrichtsprinzips des interkulturellen Lernens im Regelunterricht einen undifferenzierten Umgang mit (kulturellen) Unterschieden und Fremdheit sowie Andersartigkeit beschreibenden Aspekten begünstigen? Wie wird mit Vorurteilen im Schulalltag umgegangen? Was

macht eine vorurteilssensible Schule aus? Inwieweit ist eine kritische Reflexion der eigenen subjektiven Alltagstheorien dafür notwendig?¹

Literatur- und Quellenverzeichnis:

de Cillia, Rudolf (2013): Spracherwerb in der Migration. In: Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Abt. I/5a, Referat für Migration und Schule (Hrsg.): Informationsblätter des Referats für Migration und Schule, 15. aktualisierte Aufl., Nr. 3/2013, Wien.

Dirim, İnci/Mecheril, Paul (2011): Bildungsbeteiligung und Bildungschancen – Sprachkompetenzen. In: Biffli, Gudrun/Dimmel, Nikolaus (Hrsg.): Migrationsmanagement. Grundzüge des Managements von Migration und Integration. Arbeit, Soziales, Familie, Bildung, Wohnen, Politik und Kultur. Band 1, omninum, Bad Vöslau, S. 255-263.

Fleck, Elfie (2011): Kinder und Jugendliche mit anderen Erstsprachen als Deutsch: Angebote im schulischen Bereich – eine Bestandsaufnahme. In: Biffli, Gudrun/Dimmel, Nikolaus (Hrsg.): Migrationsmanagement. Grundzüge des Managements von Migration und Integration. Arbeit, Soziales, Familie, Bildung, Wohnen, Politik und Kultur. Band 1, omninum, Bad Vöslau, S. 291-300.

Fercher, Wolfgang (2013): Auf der Suche nach einer neuen Heimat. In: Kleine Zeitung vom 19.08.2013. Online unter URL: <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/asyl/3383421/suche-nach-neuen-heimat.story> (Zugriff am 16.11.2013).

ICERD (21.12.1965): Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung.

Magistrat Villach (o. J.): Abteilung Kindergarten und Schulen, Statistik über die SchülerInnen nicht-deutscher Muttersprache in den allgemeinen Pflichtschulen, Villach.

Österreichischer Integrationsfonds (2012): Migration und Integration in den Bundesländern. Zahlen, Daten, Indikatoren 2012, Wien.

Statistik Austria (2013a): Statistik des Bevölkerungsstandes, Bevölkerung zu Jahresbeginn seit 2002 nach zusammengefasster Staatsangehörigkeit – Kärnten, erstellt am 15.7.2013, Wien.

Statistik Austria (2013b): Statistik des Bevölkerungsstandes, Bevölkerung am 1.1.2013 nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Bundesland, erstellt am 15.7.2013, Wien.

1) Strohmeier und Fricker 2007 führten eine Befragung an zwei Kooperativen Mittelschulen in Wien durch, die zeigte, dass LehrerInnen dem interkulturellen Lernen nur geringen Stellenwert beimessen (S. 125) und SchülerInnen kaum über die in ihrer Klasse vertretenen Sprachen bzw. Kulturen Bescheid wissen (S. 120)

Statistik Austria (2013c): Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (Durchschnitt aller Wochen eines Jahres), erstellt am 21.3.2013, Wien.

Statistik Austria (2012a): Bevölkerungsstand 1.1.2012, Wien.

Statistik Austria (2012b): Schulstatistik, erstellt am 20.11.2012, Wien.

Statistik Austria/Bundesministerium für Inneres (2013): Migration & Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren 2013, Wien.

Strohmeier, Dagmar/Fricker, Anita (2007): Interkulturelles Lernen: Unbekanntes Unterrichtsprinzip oder gelebte schulische Praxis? In: Erziehung und Unterricht, Nr. 1–2, S. 115-128.

United Nations Economic Commission for Europe – UNECE (2006): Conference of European Statisticians Recommendations for the 2010 Census of Population and Housing, New York/Geneva.

Unterwurzacher, Anne/Weiss, Hilde (2008): Die interkulturelle Schule aus regionaler Perspektive. In: Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hrsg.): Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen. Braumüller, Wien, S. 221-253.

Wroblewski, Angela/Herzog-Punzenberger, Barbara (2010): Wann kommt die Vielfalt endlich in den Köpfen an? Eine Bestandsaufnahme zum Umgang mit sprachlicher und kultureller Vielfalt im österreichischen Schulwesen. In: Langthaler, Herbert (Hrsg.): Integration in Österreich. Sozialwissenschaftliche Befunde. Studien-Verlag, Innsbruck, S. 105-122.

Nadja Danglmaier/Martin Klemenjak

NS-Tatorte und Schauplätze in Kärnten

Vorbemerkungen

Während fast jede Kärntner Schülerin und jeder Kärntner Schüler in ihrer bzw. seiner Schullaufbahn das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen in Oberösterreich besucht, bleiben regionale Gedächtnisorte an den Nationalsozialismus im Schulunterricht oft unbesprochen. Doch gerade Orte in unserer unmittelbaren Umgebung bieten sich für Geschichtslernen besonders an, die Auseinandersetzung mit den hier handelnden Menschen liegt nahe. So kann sich etwa Empathie mit den Opfern in der eigenen Region, mit Bezug zum eigenen Leben leichter entwickeln, als etwa in der mehrere hundert Kilometer weit entfernten Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen in Oberösterreich (vgl. Danglmaier/Stromberger 2009, S. 19).

Es gilt Erinnerungen an den Geschichtsunterricht, wie jene des Schriftstellers Vladimir Vertlib, entgegenzuwirken: *„Über die jüngere Vergangenheit wurde, wenn überhaupt, so abstrakt berichtet, dass sich niemand betroffen fühlen konnte. Die Verbrechen waren in den großen Konzentrationslagern oder an den Exekutionsstätten Osteuropas geschehen, irgendwo in Polen, in Russland oder im Baltikum. Mit dem Bezirk, in dem man wohnte, oder den Nachbarn von nebenan hatte das nichts zu tun.“* (Vertlib 2007, S. 107)

Die Beschäftigung mit Nationalsozialismus anhand regionaler Gedächtnisorte ermöglicht unterschiedliche Facetten einer politischen Bildung: Das Unterscheiden verschiedener Perspektiven auf die Vergangenheit, die Sensibilisierung für Ungerechtigkeit sowie die Bil-

dung einer eigenen Meinung samt der Fähigkeit, diese zu begründen.

Viele Orte der nationalsozialistischen Gewalt in Klagenfurt sind bis heute nicht als solche ausgewiesen. Somit erreicht die Tabuisierung ihr Ziel, denn in der Öffentlichkeit gerät immer mehr in Vergessenheit, an welchen Plätzen vor rund 70 Jahren willkürlich über Leben und Tod entschieden wurde. Der Klagenfurter Burghof beispielsweise, ist heute bekannt als Standort des Museums Moderner Kunst und des Sommer-Openair-Kinos. Zwischen 1938 und 1945 diente dieses Gebäude der Gestapo als Hauptquartier für den Gau Kärnten, wo Verhöre in Verbindung mit Folterungen an der Tagesordnung standen. Öffentliche Hinweise auf diesen Abschnitt der Geschichte finden sich keine.

Ein weiteres Beispiel für einen verborgenen Gedächtnisort, der als Lernort genutzt werden kann, ist das Gelände der Khevenhüllerkaserne in Klagenfurt-Lendorf. Dort befand sich von 1943 bis 1945 ein Nebenlager des Konzentrationslagers Mauthausen, in dem zwischen 80 und 130 Häftlinge Zwangsarbeit verrichten mussten. Hier kann eine Verbindung der überregionalen Ereignisse (Auschwitz, Mauthausen, usw.) mit regionalen Ereignissen erfolgen und somit das System Nationalsozialismus ein Stück weit nachvollziehbar gemacht werden.

Die Ziele der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus lassen sich von den vier zentralen Bereichen der Gedenkstättenpädagogik ableiten:

Gedenken – Mahnen – Forschen – Lernen

Gedenken etwa bedeutet, ein Einfühlen in Einzelschicksale, also das Entwickeln von Empathie mit den Opfern. Gedenken soll sowohl individuell angestrebt, als auch gesellschaftlich verankert werden. Der zweite Pfeiler, das Mahnen, bedeutet konkret, SchülerInnen durch Beschäftigung mit der Geschichte für die Gegenwart zu sensibilisieren, sie zum Nachdenken sowie zum Handeln anzuregen (vgl. Lutz 1995, S. 16 ff.). KritikerInnen werden hier einwenden, die Einzigartigkeit des Holocaust lasse keinerlei Vergleiche mit anderen Ereignissen zu. Volkhard Knigge, Vorreiter auf dem Gebiet der Gedenkstättenpädagogik, plädiert jedoch aus pädagogischer Sicht für Schlüsse aus dem Holocaust. Das Pochen auf Einzigartigkeit sei kontraproduktiv, da es einem Denkverbot gleichkomme (vgl. Knigge 2002, S. 35). Vielmehr sollten wir aber Unterschiede und Gemein-

samkeiten des Holocausts mit anderen Völkermorden beleuchten, so werden die besonderen Ausprägungen des NS-Massenmordes deutlich, gleichzeitig kann aber auch aufgezeigt werden, dass eine Wiederholung kein Ding der Unmöglichkeit ist (vgl. Danglmaier/Stromberger 2009, S. 17 ff.).

Zum Workshop

Welche Inhalte und Ziele wurden mit diesem Workshop verfolgt? Mittels des Credos aus der Gedenkstättenpädagogik „Grabe, wo Du stehst!“ sollten die Verbindungen zwischen Nationalsozialismus und dem Bundesland Kärnten aufgezeigt werden. Im Fokus stand dabei auch die Darstellung der Entwicklung der Kärntner Gedenk- und Erinnerungskultur anhand von Orten und Plätzen, deren NS-Geschichte viele Jahrzehnte tabuisiert wurde.

Einführend konnten drei zentrale Verbindungen zwischen dem Nationalsozialismus und Kärnten skizziert werden, die zahlreiche Möglichkeiten für Geschichtslernen anhand konkreter Menschenschichten bieten:

- KärntnerInnen als Täter
- KärntnerInnen als Opfer
- 2 Konzentrationslager in Kärnten
(Loibl-Pass und Klagenfurt-Lendorf)

Darauf aufbauend wurden die 18 TeilnehmerInnen des Workshops eingeladen, sich in Form einer Gruppenarbeit, mit 11 Zitaten bzw. Texten sowie 14 Bildern zu beschäftigen. Folgende Fragen sollten in Hinblick auf die vorgegebenen Textpassagen und Fotos diskutiert werden:

- Welchen Ereignissen und welchen Orten können die Zitate bzw. Texte zugeordnet werden?
- Von wem könnten die Zitate stammen?
- Mit welchen Bildern passen die Abschnitte zusammen und warum?

Beispiele aus der Gruppenarbeit

Um die Gruppenarbeit nachvollziehbar zu machen, sollen hier zwei Beispiele vorgestellt werden.

Ein Textausschnitt führte im Workshop zur Beschäftigung mit der Verfolgung der Kärntner SlowenInnen während des Nationalsozialismus:

„Obwohl unser Daheim eine verhältnismäßig ärmliche Keusche war, teilweise aus Holz, war es doch unser Heim, unser einziges und unser alles. Wir trennten uns sehr schwer davon. Nun ging es nach Klagenfurt. [...] Im Lager Ebenthal sammelte man uns. Dort waren wir zwei Tage lang. Plötzlich, gegen Abend, begannen sie über Lautsprecher aufzurufen: ‚Familie Černut mit der Herdstelle 214!‘ Und dann unsere Namen: Franc, Alois und so weiter. [...] Wir mußten zu Fuß zum Ostbahnhof, wo der Zug stand. Ich glaube, sie haben absichtlich auf die Dämmerung gewartet, die Klagenfurter waren doch sehr neugierig. Dann fuhren wir ab.“ (Pittler/Verdel 1990, S. 161 f.)

Interessanterweise erkannte eine Teilnehmerin in diesem Zitat die Aussage ihres Großvaters, der mit seiner Familie 1942 zwangsweise ausgesiedelt wurde. Dies zeigt, inwiefern die Verfolgung der Kärntner SlowenInnen bis heute unmittelbar in unsere Gesellschaft wirkt und längst kein weit entferntes, ausschließlich abstraktes Thema ist.

Folgende Aufnahme einer Kärntner slowenischen Familie aus dem Sammellager Ebenthal konnte dem Textausschnitt zugeordnet werden:



Quelle: Malle, Auguštin (Hrsg.) (2002): Pregon kroroških Slovencev – Die Vertreibung der Kärntner Slowenen. Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec.

Auch ein Textauszug aus einer Ansprache kann mit dem Themenbereich der Verfolgung der Kärntner SlowenInnen in Verbindung gebracht werden. Im Rahmen einer Tagung für „Volkstumsfragen“ hielt der Leiter des „Gauamtes“ Alois Maier Kaibitsch im Juli 1942 eine flammende Rede zur Germanisierung Oberkrains und Kärntens. *„In dem Gebiet nördlich der Karawanken muss deutsch gesprochen werden; mit allen Mitteln ist das durchzusetzen. Es darf nur mehr deutsche Aufschriften geben. In Kirchen, auf Fahnen, Kreuzen, Wegbildern und auf den Grabsteinen der Friedhöfe. Jeder muss sich in den Dienst dieser Aufgabe stellen und windische Aufschriften, wo auch immer befindlich, dem Gauamte für Volkstumsfragen bekannt geben. Im ehemaligen gemischtsprachigen Gebiet sind noch immer eine große Anzahl slowenischer Bücher, besonders religiösen Inhaltes, vorhanden; auch sie müssen verschwinden. [...] Unsere erste und wichtigste Aufgabe ist daher in Zukunft die Ausmerzung des Slowenischen aus dem öffentlichen und privaten Leben; dabei muss der größte Einfluss auf die Schuljugend ausgeübt werden. [...]“* (Bogataj 2008, S. 131 ff.)

Dem Themenkomplex der Germanisierungsmaßnahmen gegen die slowenischsprachige Bevölkerung Kärntens und Oberkrains konnte von den TeilnehmerInnen des Workshops das Titelbild des „Kärntner Jahrbuchs“ aus dem Jahr 1943 zugeordnet werden. Es zeigt deutlich die neue Grenzziehung der Nationalsozialisten und dem damit vergrößerten Gau Kärnten, verwaltet aus Klagenfurt, dass zu einem Bollwerk gegen den Süden ausgebaut werden sollte.



Quelle: Titelbild des „Kärntner Jahrbuchs“. NS-Gauverlag und Druckerei Kärnten G.m.b.H., Klagenfurt 1943.

Folgenden Textausschnitt aus der Zeugenaussage einer Oberschwester im damaligen Gaukrankenhaus Klagenfurt konnten die WorkshopteilnehmerInnen eindeutig dem Themenbereich der NS-Euthanasie zuordnen:

„Zuerst mußten wir sie um 1 Uhr bei der Nacht aus dem Bett reißen und anziehen. Dann mußten wir warten bis die Autos in der Früh kamen. [...] dann sind sie noch in der Nacht mit den Leuten heruntergefahren [...] im Auto haben sie schon gespürt und geschrien: ‚Oberschwester, bitte hier sterben, bitte nicht vergasen! Bitte! Hier sterben!‘ Das war ganz furchtbar, die anderen haben uns alles geheißel.“ (Prozessakte Primar Dr. Franz Niedermoser. Kärntner Landesarchiv, Landesgericht Klagenfurt Strafakten, 182-184, Vr 907/45)

Es handelt sich hierbei um eine Erinnerung der Oberschwester an den Abtransport von PatientInnen aus Klagenfurt in die zentrale Euthanasie-Anstalt nach Schloss Hartheim in Oberösterreich, wo die Opfer sofort nach ihrer Ankunft in Gaskammern geführt und ermordet wurden.

Das Finden des passenden Bildes zum Thema gestaltete sich für die WorkshopteilnehmerInnen um einiges schwieriger. Hier zeigt sich, dass das Mahnmal für die Opfer der NS-Euthanasie am Gelände des heutigen Landeskrankenhauses, vor dem Gebäude der ehemaligen Psychiatrie, kaum im öffentlichen Bewusstsein verankert ist. Zudem ist der Gestaltung des Mahnmals, ohne den Text am Sockel zu lesen, keine unmittelbare Information zu entnehmen, um welche Form von Skulptur es sich hier handelt. Der Bildhauer Max Gangl schuf 1988 im Gedenken an die Opfer der NS-Euthanasie in Kärnten eine stilisierte Marmor-Figur, die er als „Die Trauernde“ bezeichnete. Abseits von unregelmäßig stattfindenden, kleineren Gedenkfeierlichkeiten beim Mahnmal sind die Ereignisse in Kärnten im Rahmen der NS-Euthanasie bis heute wenig öffentliches Thema.



Foto: Lea Lugaric

Resümee und Ausblick

„Erinnerung, Bewusstmachung und Aufarbeitung jener Ereignisse, die unsere Eltern und Großeltern nicht wahrhaben wollten, sind Voraussetzungen dafür, dass wir die Zukunft bewusst planen und bewältigen können. In diesem Sinne graben wir als PädagogInnen nicht ‚alte Geschichten‘ aus, wir reißen auch zwischen den Generationen keine Gräben auf, sondern wir arbeiten an unserem eigenen Lebensprojekt, in dem wir für uns und unsere Kinder die Vergangenheit mit der Gegenwart und Zukunft verklammern.“ (Gstettner 2005, S. 181)

In diesem Sinne sehe ich es als Pädagogin als meine klare Aufgabe, zur Enttabuisierung der NS-Geschichte in Kärnten beizutragen und die Schicksale der Opfer in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Nicht nur, um damit zur Aufarbeitung unserer Geschichte beizutragen, sondern insbesondere auch, um für gegenwärtige Tendenzen von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung zu sensibilisieren.

Literaturverzeichnis

Bogataj, Mirko (2. Auflage 2008): Die Kärntner Slowenen. Ein Volk am Rand der Mitte. Kitab Verlag, Klagenfurt/Wien.

Danglmaier, Nadja/Stromberger, Helge (2009): Tat-Orte. Schau-Plätze – Erinnerungsarbeit an den Stätten nationalsozialistischer Gewalt in Klagenfurt. Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec – Wien/Dunaj.

Gstettner, Peter (2005): Erinnerungsarbeit entlang flüchtiger Spuren: Der Todesmarsch über den Präbichl 1945. In: Halbreiner, Heimo/Ehretreiber, Christian (Hrsg.): Todesmarsch Eisenstraße 1945. Terror, Handlungsspielräume, Erinnerung: Menschliches Handeln unter Zwangsbedingungen. Clio Verlag, Graz.

Knigge, Volkhard (2002): Erinnern oder auseinander setzen? Kritische Anmerkungen zur Gedenkstättenpädagogik. In: Fuchs, Eduard/Pingel, Falk/Radkau, Verena (Hrsg.): Holocaust und Nationalsozialismus. Studien Verlag, Wien.

Lutz, Thomas (1995): Anmerkungen zur Pädagogik in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. In: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin (Hrsg.): Gedenken und Lernen an historischen Orten. Ein Wegweiser zu Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin. Edition Hentrich, Berlin.

Pittler, Andreas/Verdel, Helena (1990): Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen. Herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes u. a. Österreichischer Bundesverlag, Wien.

Vertlib, Vladimir (2007): Spiegel im fremden Wort. Thelem Verlag, Dresden.

Kurzbiographien der AutorInnen



Mag. Dr. Nadja Danglmaier: Netzwerkkoordinatorin des Projekts „Nationalsozialismus und Holocaust: Gedächtnis und Gegenwart“ des bm:ukk (www.erinnern.at), Vorstandsmitglied des Vereins Memorial Kärnten/koroska sowie der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft Kärnten; freiberufliche Pädagogin und externe Lehrbeauftragte an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.



Martin Gressl: Bildungssekretär und EDV-Beauftragter des ÖGB Kärnten; ab 2004 Jugendsekretär des ÖGB Kärnten; Beratung und Unterstützung für Lehrlinge, SchülerInnen und Präsenz- und Zivildienere; ab 2010 Landesbildungssekretär des ÖGB Kärnten; Vertretung des ÖGB Kärnten in diversen Fachgremien.



Mag. (FH) Marika Gruber: wissenschaftliche Mitarbeiterin im Studienbereich Wirtschaft & Management (Public Management) der FH Kärnten. Forschung- und Arbeitsschwerpunkte: Integrationspolitik und Integrationsmanagement in Gemeinden & modernes Verwaltungsmanagement. Publikation: „Integration im ländlichen Raum“.



Martin Klemenjak, Mag. (FH) Mag. phil.: Inhaber der Professur für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Erwachsenenalter und Erwerbsleben an der Fachhochschule Kärnten in Feldkirchen; Lektor an der Fachhochschule Salzburg, Master-Studiengang „Innovationsentwicklung im Social-Profit-Sektor“ in Puch/Urstein; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Lehrlingsausbildung, Berufs- und Erwachsenenbildung, Politische Bildung sowie Ländlicher Raum.



Cornelia Klepp, Dr. phil.: Universitätsassistentin an der Universität Wien; langjährige geschäftsführende Leiterin und wissenschaftliche Koordinatorin des Masterstudiengangs Politische Bildung an der Donau-Universität Krems; Vortragende und Lehrende mit Fokus Didaktik und Methodik in der Politischen Bildung.



Univ.-Prof. Dr. Walter Ötsch: Leiter des Zentrums für Soziale und Interkulturelle Kompetenz & des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz. Arbeitsschwerpunkte: Kulturwissenschaftliche Fragen, Kulturgeschichte des ökonomischen Denkens, Coaching von Führungskräften. Best-seller: „Haider Light. Handbuch für Demagogie“.



Heinz Pichler, Mag. phil.: Bildungsexperte und Erwachsenenbildner in der Kammer für Arbeit und Angestellte in Kärnten; Vortragender an den Kärntner Gewerkschaftsschulen, der FH Kärnten, Standort Feldkirchen, und der Universität Klagenfurt. Nebenberufliches Engagement u.a. im sozialökonomischen Beschäftigungsprojekt „Zweirad Impulse“ & Gründungsmitglied und Vorstand beim „Kärntner Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung“.



Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger: Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien; Leiterin der Forschungsgruppe Politik der Inklusion und Exklusion; Publikationen zu österreichischer Politik, Partizipation und Protest, Politisierung und Migration/Integration.



Doris Rottermann: Seit 2011 studentische Mitarbeiterin an der FH Kärnten: Mitorganisation diverser Veranstaltungen, Promotion der FH Kärnten im Rahmen von FH-days, Schulbesuchen und/oder Messen. Im Winter 2013/14 Praktikantin der Arbeiterkammer Kärnten – Abteilung Bildung, Jugend und Kultur.



Mag. phil. Josefine Scherling: Bildungswissenschaftlerin an der Pädagogischen Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule; Lektorin am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Alpen-Adria Universität Klagenfurt (AAU); Mitglied des Arbeitskreises für Menschenrechte und Universität am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik an der AAU; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Politische Bildung, Menschenrechtsbildung, Global Citizenship Education, Neue Mittelschule.

Diese Ausgabe der Schriftenreihe „Arbeit & Bildung“ wurde in Kooperation mit dem Studiengang Soziale Arbeit der Fachhochschule Kärnten, der Pädagogischen Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule und dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung erstellt.

ISBN-Nr.: 978-3-200-01985-0

Impressum:

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten
9021 Klagenfurt am Wörthersee, Bahnhofplatz 3

Redaktionsteam:

Martin Gressl, Mag. Martin Klemenjak,
Dr.ⁱⁿ Cornelia Klepp, Mag. Heinz Pichler,
Doris Rottermann, Mag.^a Josefine Scherling

Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge
liegt bei den jeweiligen AutorInnen. Gestaltung:
GAPasterk. Druck: Carinthian Druck
April 2014